Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2291. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroß, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Mittwoch, 2. Juni 1926 | 6. Jahrgang • Nr. 127

Die Zollwucherer an der Arbeit

Die Regierung plant die Aushungerung der arbeitenden Massen

Halle, 2. Juni.

Im Sommer 1925 haben Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei ein politisch-wirtschaftliches Bündnis abgeschlossen. Die Schwerindustrie stimmte den Zollwucherplänen der deutschnationalen Junker unter der Bedingung zu, daß diese den Locarno-Landsknechtpakt stillschweigend unterstützen und damit die Durchführung der internationalen Kredit- und Trustpläne der deutschen Großindustrie ermöglichen werden.

Der verbrecherische Plan konnte infolge der schwächlichen, auf parlamentarische Reden beschränkten Opposition der Sozialdemokratie, die den Ruf der KPD. zur Einheitsfront und Massenmobilisierung ablehnte, durchgesetzt werden. Die bis dahin geltende Zollfreiheit für Getreideeinfuhr wurde aufgehoben. Die von den Agrariern geforderten ungeheuerlichen Zollpläne von 6 Mark für den Doppelzentner Roggen und 7 Mark für Weizen wurden allerdings **bis zum 1. August 1926** auf die Hälfte herabgesetzt. Das war das „Zugeständnis" der Luther-Regierung, welches übrigens auch nur aus Furcht vor dem Massensturm, angesichts der Erbitterung der Arbeiter, auch der christlichen Arbeiter des Rheinlandes, erfolgte.

Wir haben schon im „Klassenkampf" vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß die Börsenhausse für die Herbstgetreidepreise ein Warnungszeichen für die werktätigen Massen ist. Inzwischen hat die Regierung das Schweigen gebrochen und das Geheimnis der gegenwärtigen verworrenen politischen Lage selbst enthüllt.

Der Reichsernährungsminister Dr. Haslinde hielt vor einigen Tagen auf der Vorstands- und Vertreterversammlung des Reichslandbundes Weimar eine Rede, in der er für den Schutz der Landwirtschaft „gegen Ueberschwemmung mit Agrarprodukten während der Zeit des Wiederaufbaues" eintrat.

„Ueberschwemmung mit Agrarprodukten" bedeutet aber Einfuhr von billigen Getreideerzeugnissen nach Deutschland. „Schutz der Landwirtschaft" bedeutet nicht Schutz der Kleinbauern, sondern Auslieferung aller deutscher Konsumenten, auch der Kleinbauern, die ja vorwiegend ebenfalls Konsumenten sind, der Preisdiktatur der Großagrarier.

Der Aushungerungsminister Haslinde erklärte klipp und klar, daß die bis zum 1. August gültigen „Uebergangszölle" für Getreide und Vieh nicht als hinlänglicher Zollschutz angesehen werden können.

Haslinde und der Landbund erheben ein ohrenbetäubendes Geschrei über das „Elend der Agrarier". Nun, dieses „Elend" der Junker bestand darin, daß ihre Profite infolge der Weltpreise auf dem Getreidemarkt eben geringer waren, als die Riesengewinne der Montan- und Farbenkönige. Dies drückte sich im Laufe des vergangenen Jahres in der deutschen „Schere", d. h. im Mißverhältnis zwischen den Preisen für Industrie- und Agrarprodukte aus. Diese Schere hat sich aber in den letzten Monaten vollkommen geschlossen. Am 20. März betrug der Großhandelsindex für Industrie-Rohstoffe 128,3, für Lebensmittel 119. Heute sind aber die entsprechenden Zahlen für Industrieprodukte 123,8 und für landwirtschaftliche Erzeugnisse 122,9. Es besteht also fast gar kein Mißverhältnis zwischen Industrie- und Agrarpreisen.

Die geplanten Zollerhöhungen haben eine wirtschaftliche und eine machtpolitische Seite, die nur Formen einer und derselben Tatsache, des jeweiligen Grades der Klassengegensätze und der Machtverhältnisse innerhalb der Klassen sind.

Wirtschaftlich gesehen, ergeben sich für die deutschen Agrarier, wenn sie die deutschen Verbraucher vom Auslande mit einer Zollmauer abschließen können, glänzende Preissteigerungsmöglichkeiten.

Die vorjährige Rekordernte, die die Preise wider Willen der Junker drückte, dürfte in diesem Jahre aus zwei Gründen kaum erreicht werden. Erstens war die Witterung bisher nicht besonders günstig und zweitens wurde die Anbaufläche für Roggen zum Zwecke des Preiswuchers systematisch verkleinert. Roggen ist aber die Hauptnahrung der arbeitenden Massen.

Die günstige Lage der Agrarier wurde außerdem durch die Steuerpolitik der Luther-Regierung und durch die Preispolitik des Anilintrusts und der Kalikonzerne, welche letztere ihnen die Stickstoff- und Kalidüngemittel liefern, gefördert. Während der Kleinbauer durch schwere Steuern belastet wird, genießen die Großagrarier herrliche Steuerprivilegien. Anilintrust und Kalikonzerne begünstigen bei ihren Lieferungsbedingungen ebenfalls nur die „kreditwürdigen" Großagrarier.

Die einzige Gefahr für den junkerlichen Wucher besteht tatsächlich in der Getreideeinfuhr. Die deutschen Großgrundbesitzer wissen, daß die Ernteaussichten in Sowjet-Rußland in diesem Jahr sehr günstig sind und daß das billige russische Brot für das deutsche Volk zwar eine Erleichterung, aber für die Profitpläne der Agrarier eine Erschwerung bedeuten würde. **Durch Verhinderung der russischen Getreideeinfuhr wollen sie gleichzeitig die werktätigen Massen in Deutschland und die russische Arbeiter-Republik schädigen.** Hier können die schwierigen Gründe des Antibolschewismus unserer deutschnationalen Patrioten von jedem denkenden Arbeiter und Bauern klar erkannt werden.

Damit wird aber gleichzeitig der wirtschaftliche Hintergrund der deutschen Regierungskrise begreiflich. Ein neues Schachergeschäft zwischen Deutscher Volkspartei und Deutschnationalen, d. h. Schwerindustrie und Agrarkapital, ist seit Wochen im Gange. Die Deutschnationalen sollen, oder besser gesagt, haben schon von der Regierung das Zugeständnis erhalten, daß die Getreidezölle ab 1. August verdoppelt werden. Es fragt sich noch, welchen Preis die Deutschnationalen dafür zahlen sollen. Nun, sie werden die Pläne der Schwerindustrie, die in der Bildung von internationalen Kartellen und Syndikaten (Internationales Eisensyndikat, Englisch-deutsches Kohlensyndikat usw.) gipfeln und zu einer Verteuerung aller Eisenwaren in Deutschland führen würden, wirtschaftlich und politisch unterstützen. Sie werden, wie dies der deutschnationale Graf Kalckreuth, ebenfalls auf der Weimarer Landbundbewegung ankündigte, die Locarno-Politik Stresemanns auch offiziell mitmachen.

Heute steht anscheinend die Hetze gegen den Volksentscheid im Vordergrunde der „patriotischen" Interessen. In Wirklichkeit dient die **monarchistische Mobilmachung ebensosehr zur Verhinderung des Volksentscheids als auch zur Durchführung der ungeheuerlichen Raubpläne, der Erhöhung der Zollsätze für Getreide und wahrscheinlich auch für andere Lebensmittel.** Die Arbeiter und Bauern müssen rechtzeitig diese Pläne erkennen und die Vorbereitungen zum Volksentscheid gleichzeitig zur Massenaufklärung, zur Abwehr des Junkerraubzugs benutzen.

Gegenüber dem Zollwucher, der kapitalistischen „Rationalisierung", den Staatsstreich- und Bürgerkriegsdrohungen muß die Arbeiterschaft im engsten Bündnis mit den notleidenden Bauern ihre gesamte Macht entfalten, **für den siegreichen Volksentscheid am 20. Juni, für den Kampf gegen die Regierung der Großagrarier und Großkapitalisten, für eine Arbeiter- und Bauern-Regierung.**

Die Diktaturpläne vor dem Landtag

Die Monarchisten rüsten weiter — Severing bläst ab

Im Preußischen Landtag berichtete gestern der Leiter der preußischen Polizei, Ministerialdirektor Abegg, über die sogenannte Abwehraktion der preußischen Polizei gegen die monarchistischen Diktaturpläne. Unter ohrenbetäubendem Geschrei der Deutschnationalen und Völkischen führte Abegg aus:

Die Polizei hat die Aktion nach wochenlangen sorgfältigen Nachprüfungen unternommen. Außer den Tagungen der verschiedenen Offiziersverbände, des Alldeutschen Verbandes, **der Zusammenfassung dieser Verbände unter dem Oberbefehl des Korvettenkapitäns Ehrhardts,** sprachen für die Notwendigkeit der Polizeiaktion Vorbereitungen **zu einer unmittelbar bevorstehenden Aktion von rechtsradikaler Seite.** Es sind Mitglieder der vaterländischen Verbände selbst gewesen, die zur Polizei gekommen sind und in ihrer Gewissensnot der Polizei dringliche Mitteilung über bedrohlich nahe Pläne gemacht hatten.

Auf die Zurufe der Deutschnationalen erklärte Abegg, er werde die Namen nicht bekanntgeben. Die Namen sind in den Händen des Oberreichsanwalts und des Reichsgerichts. Wenn bei verschiedenen Persönlichkeiten kein Belastungsmaterial aufgefunden worden sei, so muß dies zum Teil festgestelltermaßen

auf ein vorzeitiges Bekanntgeben der polizeilichen Aktion zurückgeführt werden.

Der Diktaturplan, von dem behauptet wird, daß er bereits seit langer Zeit der Regierung bekannt gewesen sei, ist am Montag, dem 10. Mai, in die Hände der Polizei gekommen.

Es ist schwerbelastendes Material, eine Reihe von Korrespondenzen,

ein militärischer Aufmarschplan gegen Berlin

usw. gefunden worden. Wenn bei dieser Gelegenheit bei hochachtbaren Persönlichkeiten auch polizeiliche Maßnahmen vorgenommen worden sind, so wird das von der Staatsregierung bedauert. (!) Die Polizei dürfe aber nicht zweierlei Arten von Staatsbürgern kennen. Im übrigen: Was würde man gesagt haben, wenn vor dem Kapp-Putsch im Jahre 1920 bei Männern wie Kapp, Ludendorff, von Jagow Durchsuchungen vorgenommen worden wären? Die Polizeiaktion wurde von einem prominenten Mitglied einer Rechtspartei lebhaft begrüßt.

Bei der Durchsuchung erklärte eine Persönlichkeit, daß er zwar Material im Besitz habe, aber daß er es untergebracht hätte und daß es nicht von der Polizei gefunden würde. Er erklärte dann: „Wenn es gegen Berlin geht, dann bin ich der erste, der losmarschiert."

Nachdem Abegg sich vor den Rechtsparteien entschuldigt hatte, daß die Polizei zur Veröffentlichung von Briefen gezwungen worden sei, versicherte er, daß die Aktion auch im Interesse der Rechtsparteien liege (!) und erklärte zum Schluß:

Die Ruhe und Ordnung ist gewährleistet, und die Polizei wird weiter dafür sorgen, daß das Wort des Ministers Severing wahr bleibt, daß, solange er im Amte sei, ein Putsch nicht vorkommen wird.

*

Wenn es noch irgendeines Beweises bedurfte, daß die Gefahr des Monarchistenputsches nicht beseitigt ist, so lieferte die Rede Abeggs diesen Beweis. Keiner der monarchistischen Staatsstreichler ist verhaftet worden. Die mit großem Tamtam eingeleitete Untersuchung ist den „hochangesehenen Persönlichkeiten", die an den Putschplänen beteiligt waren, längst bekannt gewesen. Die Staatsstreichler rüsten fieberhaft und die Polizei erklärt: **Die Putschgefahr ist beseitigt.**

Die Arbeiterschaft muß aus diesem jämmerlichen Versagen der Severing-Aktion die Konsequenzen ziehen. Sie muß wissen, daß die Abwehr der faschistischen Diktaturpläne nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann. Es ist nicht viel Zeit zu verlieren!

Der Wettiner Arbeitermord vor dem Landtag

Urantrag der Abgeordneten Pieck, Bartels-Kreseld, Schwenk-Berlin, Menzel-Halle, Grylewicz u. Genossen.

Am 28. Mai d. J. wurde in Wettin der Geschäftsführer des dortigen Konsumvereins, der Maurer Hermann Wittstock, von dem Hilfspolizeiwachtmeister Redde aus Dölau erschossen.

Redde hatte wiederholt früher erklärt, sobald mir Wittstock in die Quere kommt, schieße ich ihn über den Haufen. Der Mordbube ist Mitglied nationalistischer Verbände. Der ermordete Wittstock, der vollkommen unbewaffnet war, war von Redde tätlich angegriffen. Der Hilfspolizeiwachtmeister zog ohne weiteres seinen Revolver und schoß Wittstock in die Brust, so daß der sofortige Tod herbeigeführt wurde. Nach der Ermordung wurde der Tote auf Veranlassung des Mörders, der sich seiner Tat obendrein rühmte, auf eine Leiter gebunden und abtransportiert. Auf Vorstellungen einer Kommission der dortigen werktätigen Bevölkerung bei dem Bürgermeister Seibt, den Polizeiwachtmeister wegen Mordes sofort verhaften zu lassen, erklärte der Bürgermeister, daß er dazu kein Recht habe, sonst würde er wegen Freiheitsberaubung angezeigt, zudem sei die Schuldfrage noch nicht genügend geklärt. Auch der zuständige Amtsgerichtsrat Reubert weigerte sich, die Verhaftung Reddes auszuführen.

Wir beantragen daher, der Landtag wolle beschließen:

1. **der Hilfspolizeiwachtmeister Redde aus Dölau ist sofort seines Postens zu entheben, ohne Anspruch auf Versorgung fristlos zu entlassen und zu verhaften;**
2. **den Hinterbliebenen des erschossenen Maurers Hermann Wittstock ist außer der Erstattung der Beerdigungskosten eine ausreichende Sühne und dauernde Rente zu zahlen.**

Berlin, den 1. Juni 1926.

Der Antrag wurde von der gesamten Fraktion der KPD. unterzeichnet.

Das Fürstenabfindungsgesetz der Regierung

Monarchistische Richter sollen entscheiden

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 2. Juni.

Im Reichstag ist jetzt eine Vorlage der Regierung zur Fürstenabfindung eingegangen. Sie umfaßt 29 Paragraphen und lehnt sich eng an den letzten Kompromißentwurf der Regierungsparteien an. Die Vorlage ist bekanntlich vom Reichsrat angenommen. — Die „Rote Fahne" berichtet von einem geheimen Rundschreiben der Deutschen Volkspartei. In diesem Rundschreiben wird die Anwendung derselben Lügen, wie sie von dem monarchistischen Nachrichtenbureau verbreitet werden, gegen die Fürstenenteignung empfohlen. **Es wird in ihm zugegeben, daß es sich um „hohe Ansprüche" der Fürsten handelt und es wird gezeigt, daß das Gesetz, das jetzt im Reichstag vorliegt, für die Fürsten sehr vorteilhaft ist.** U. a. sagte es über das vorgesehene Reichssondergericht: „Es wird nicht beim Reichsgericht gebildet, sondern hat nur seinen Sitz in Leipzig und den Präsidenten des Reichsgerichts zu seinem regelmäßigen Vorsitzenden. Es entscheidet in einer Besetzung von 9 Mitgliedern; **die 8 Mitglieder, außer dem Präsidenten, ernennt auf Vorschlag des Reichskabinetts der Reichspräsident auf Lebenszeit,** wobei 4 Mitglieder Richter an ordentlichen, oder Verwaltungsgerichten des Reiches oder der Länder sein müssen. Es ist also nicht richtig, was vielfach in der Presse jetzt zu lesen ist, daß auf der Richterbank 4 Laien sitzen müssen. Vier von den Mitgliedern **brauchen nur nicht Berufsrichter** zu sein. **Sie können entnommen werden den Berufsrichtern, den in Ruhestand versetzten Richtern, den Rechtsanwälten, den Professoren an Rechtsfakultät oder juristisch nicht vorgebildeten Laien."** Damit hat die Deutsche Volkspartei zugegeben, daß das Reichssondergericht mit den angeblichen Laien ein frecher Schwindel ist. Monarchistische Berufsrichter vom Typ Jürgens sollen entscheiden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260602-18/fragment/page=0001

113169 Unglücksfälle im Bergbau

10000 Verunglückte, 126 Todesfälle im Braunkohlenbergbau

Zum erstenmal hat sich jetzt das Preußische Handelsministerium entschlossen im „Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger“ eine Nachweisung der Unfälle im preußischen Bergbau für das Jahr 1925 herauszugeben. **Allein im Steinkohlenbergbau sind in den preußischen Bergbaubetrieben im vergangenen Jahre rund 15 v. H. aller darin beschäftigten Bergarbeiter verunglückt, sei es durch Steinfall, durch Maschinen, durch Grubenbrand, durch Sprengstoffe oder Zündmittel. Alle diese Unfälle haben sich im Untertagebau ereignet. Die Zahl der davon Betroffenen beläuft sich auf 82213 Personen und erhöht sich durch Unfälle über Tage durch Fördermaschinen, in den Kokereien und Röstbetrieben auf 97749. Von den nahezu 98000 Unfällen nahmen 1320 einen tödlichen Ausgang. Im Braunkohlenbergbau, der ja lange nicht mit so großen Fährnissen wie gerade die Steinkohlenproduktion zu kämpfen hat, betrug die Ziffer zirka 10000, von denen 126 Unfälle tödlich verliefen. An dritter Stelle folgt der Erzbergbau mit 3407 Unfällen und 75 Todesfällen. Im ganzen Freistaat Preußen ergibt sich einschließlich des Salzbergbaues und des Erdölbergbaues die recht ansehnliche Ziffer von 113169 Unglücksfällen, von denen 1564 tödlich waren.**

Die größte Zahl entfällt davon auf den Oberbergamtsbezirk Dortmund mit 74224 Unfällen und 1093 Todesfällen. Dann folgen Breslau, Bonn und **Halle**. Auch das neue Jahr scheint bisher in keiner Weise Aussichten zu bieten, die auf eine Verringerung der Unfallchronik hindeuten lassen. Bereits im ersten Vierteljahr 1926 sind im ganzen preußischen Bergbau 26688 Unfälle eingetreten, von denen 285 tödlich verliefen. „Zur Statistik selbst ist zu bemerken, daß man „vorsichtigerweise“ bei den Unfällen der einzelnen Bergamtsbezirke die Belegschaftsziffern weggelassen hat, so daß man sich über das Verhältnis der Unfälle zur Gesamtbelegschaft überhaupt kein Bild machen kann.

Neue Hilfstruppen für den Volksentscheid

Die demokratische Jugend für die Einheitsfront

(Eig. Drahtm.) Dortmund, 2. Juni.

Die Redaktion des Dortmunder „Kämpfer“, Organ der KPD., erhielt vom Dortmunder Jugendverband der demokratischen Jugend folgendes Schreiben:

Dortmund, den 29. Mai 1926.

An den
Westfälischen „Kämpfer“
Dortmund.

Wir bitten um Aufnahme nachstehender Kundgebung an geeigneter Stelle. Die demokratische Jugend für den Volksentscheid. Der Reichsverband deutscher demokratischer Jugend veröffentlicht folgende Kundgebung. Der deutsche Reichstag hat in der Frage der Abfindung der Fürstenhäuser eine annehmbare und die auf Interessen ausreichende berücksichtigende Lösung trotz monatelanger Beratung nicht gefunden. Nun hat der Volksentscheid das Wort. Wir Jungdemokraten lassen keinen Zweifel daran, daß wir uns am Volksentscheid nicht nur geschlossen beteiligen werden, sondern daß wir darüber hinaus die Werbearbeit für die Beteiligung am Volksentscheid bewußt und mit allen Mitteln weiterführen werden. Wir richten hierdurch an alle unsere Gau- und Gruppen-Organisationen im Reich bereits heute die Aufforderung, sich mit aller Kraft in den Dienst der Volksbewegung zur Ablehnung der maßlosen Fürstenansprüche zu stellen. Nehmt den Fürsten, was des Volkes ist!

Reichsbund deutscher demokratischer Jugend.
gez.: Lemmer.

Der Kampf in England

Verhandlungen mit den Bergleuten und Grubenbesitzern?

(WTB.) **London**, 1. Juni. In den letzten 24 Stunden haben zwischen der Regierung, den Grubenbesitzern und den Bergarbeitern Verhandlungen stattgefunden. Ein Ergebnis ist noch nicht zustande gekommen

London, 1. Juni. Im Unterhaus erklärte Premierminister Baldwin auf eine Frage Macdonalds, daß sich die Regierung, nachdem ihr Vorschlag zwecks Beilegung des Konflikts der Kohlenindustrie 3 Millionen Pfund Sterling staatliche Unterstützung zu zahlen, zurückgewiesen worden sei, volle Freiheit hinsichtlich ihrer weiteren Schritte vorbehalte.

Hilfsaktion für die englischen Arbeiter

Amsterdam, 1. Juni. Gestern fand im Gebäude des internationalen Gewerkschaftsbundes eine interne Sitzung statt, an der Vertreter verschiedener internationaler Gewerkschaftszentralen, die Sekretäre des Internationalen Gewerkschaftsbundes Brown, Oudegeest, Sassenbach und eine aus Purcell, Kitrine und Ricks bestehende Abordnung der englischen Gewerkschaften teilnahm. Der Gegenstand der Besprechung war die Frage der Beschaffung einer Anleihe in Höhe einer Million Pfund Sterling zur Unterstützung der durch den Generalstreik arbeitslos gewordenen englischen Arbeiter. Der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Brown, begibt sich heute abend in der obigen Angelegenheit zu einer Besprechung nach Prag.

Kommunistischer Wahlsieg in Frankreich. Bei einer Nachwahl zum Munizipalrat in Clichy, bei der zwei Sitze zu verteilen waren, wurden die **beiden kommunistischen Kandidaten beim ersten Wahlgang gewählt.** Chlichy ist eine Arbeiterstadt in der Nähe von Paris.

Moscicki zum polnischen Staatspräsidenten gewählt

Warschau, 1. Juni.

Im zweiten Wahlgang zum polnischen Staatspräsidenten erhielten Moscicki 281 Stimmen, Buninski 200, Marek eine Stimme. Außerdem wurden 63 weiße Zettel abgegeben. Moscicki ist damit zum Staatspräsidenten gewählt. Er hat die Wahl zum Staatspräsidenten angenommen. Seine Vereidigung wird Freitag, 12 Uhr mittags, erfolgen.

*

Was vorauszusehen war, ist eingetroffen. Gestern vormittag ist der Strohmann Pilsudskis, der Professor der Technischen Hochschule in Lemberg, der Leiter der ehemals deutschen Stickstoffwerke Chorzow (Oberschlesien), Moscicki, zum polnischen Staatspräsidenten gewählt worden und hat seine Wahl angenommen. Moscicki war wie Pilsudski früher einmal **polnischer Sozialdemokrat** und ist dann offen ins Lager der polnischen Bourgeoisie übergegangen.

Pilsudski hält sich in Reserve, in der Erwartung, daß die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten ihm bald die Möglichkeit geben, die **ganze Macht** an sich zu reißen, die Moscicki, sein Strohmann, mit den polnischen Faschisten teilen muß. Er handelt nach dem bekannten Sprichwort: „Hannemann, geh' Du voran!“

Durch die Wahl des neuen Staatspräsidenten, durch die Tatsache ferner, daß der Sejm nicht aufgelöst wurde, bleibt der **polnische Faschismus in seiner ganzen Stärke bestehen.** Die polnischen Arbeiter und Bauern werden sich fragen: Warum überhaupt dieser ganze Aufstand, wenn doch heute mehr oder weniger alles beim alten geblieben ist. Die neue Regierung, die abhängig ist von der faschistischen Mehrheit des polnischen Sejm, wird die Gefangene dieser reaktionären Kräfte sein und wird alles tun, um die Kleinbürger und Arbeiter, die von der Erhebung Pilsudskis so viel gehofft hatten, **aufs bitterste zu enttäuschen.**

Nur eines bleibt von dem Marsch Pilsudskis auf Warschau bestehen: daß die Klassenkräfte, die in der Revolte Pilsudskis zum Ausdruck gekommen sind, **auf erhöhter Stufenleiter wieder zum Ausbruch drängen müssen.** Diese Klassenkämpfe werden erst dann beendet sein, wenn das polnische Proletariat und die polnische Bauernschaft in Stadt und Land die Macht an sich gerissen hat. Mag auch Pilsudski selbst dadurch, daß er heute offiziell von der politischen Tribüne zurückgetreten ist, diesen Weg der Machtergreifung des Proletariats verzögern. Pilsudski wird ebenso, wenn er seine Stunde für gekommen hält, eine Episode bleiben, wie Moscicki.

Munition für den 20. Juni

wurde das deutsche Volk abgefunden

Nr. Preis 1 Mark

Werbekarte
für den Volksentscheid

Keine Handvoll deutscher Erde
Keinen halben Ziegelstein
Keinen Pfennig den Fürsten!

Stimmt am 20. Juni mit „Ja“

Das Land den werktätigen Bauern und Siedlern!
Die Schlösser den Kindern und Kranken als Erholungsheim!
Das Geld den Opfern des Krieges und der Inflation und den Erwerbslosen!

Herausgeber KPD. Berlin, C 54, Rosenthalerstr. 38 / Postscheckonto Wilh. Piek, Berlin 102 394

Abdruck der Werbekarte (Innen- und Außenseite), die zum Preis von 1,— Mark verkauft werden soll.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Mit allen Mitteln des Terrors gegen den Volksentscheid. Nach einem Bericht des „Oberschlesischen Volksblatts“ vom 30. Mai, erklärte auf einer von der SPD. einberufenen Versammlung zum Volksentscheid der Deutschnationale Hennig in der Diskussion: **„Meine Parteileitung wird am 20. Juni vor den Wahllokalen Vertrauensleute aufstellen, die jeden einzelnen aufschreiben, der in das Wahllokal geht, um ihm dann nachher den Dank für den Diebstahl an den Fürsten zu bezahlen.“**

Reichswehr gegen Schwarz-Rot-Gold. Bei einer Reichsbannertagung in Konstanz haben Angehörige der Reichswehr, die dort garnisoniert ist, auf **Anstiftung der Offiziere schwarzrotgolden Fahnen zerrissen und beschimpft.** Obwohl diese Tatsache einwandfrei feststeht, hat das betreffende Reichswehrinfanterie-Regiment dem Reichswehrministerium einen Bericht zugestellt, aus dem hervorgeht, daß die Reichswehrsoldaten **jede aktive Beteiligung an der Mißachtung schwarzrotgoldener Fahnen auf das entschiedenste bestreiten.** Wir zweifeln nicht, daß das Reichswehrministerium mit diesem Bericht äußerst zufrieden ist und von jeder weiteren Untersuchung Abstand nehmen wird.

Ein Nachspiel zum Brief der 31 Putschprofessoren. Der Thüringer Landtag wird sich nächste Woche mit dem Brief der 31 Jenaer Professoren an den Professor Bernhard (Berlin) beschäftigen Bernhard gehörte bekanntlich zu den Putschisten, die die „Notverordnung“ mit hergestellt haben. Nachdem bei diesem Herrn eine Haussuchung vorgenommen worden war, fühlten sich 31 Professoren der Universität Jena veranlaßt, Bernhard ihre Sympathie und der kapitalistischen Republik, die sie ernährt, ihre Antipathie auszudrücken. **Dieser Vorfall wird jetzt durch eine kommunistische Interpellation im Thüringischen Landtag ein Nachspiel haben.** Die sozialdemokratische Fraktion will die Interpellation der Kommunisten unterstützen, die verlangt, daß gegen die Herausforderung der Jenaer Professoren in schärfster Weise vorgegangen wird.

Der Terror gegen Professor Lessing. Vorgestern hielt der Professor Lessing von der Technischen Hochschule in Hannover nach langer Pause wieder seine erste Vorlesung. Bekanntlich hatten die Studenten aufs heftigste gegen Professor Lessing protestiert und gefordert, daß Lessing wegen seiner politischen Anschauungen vom Amte suspendiert würde.

Bei seiner vorgestrigen Vorlesung ereigneten sich Skandalszenen, die man bisher noch nicht erlebt hatte. Professor Lessing wurde nicht nur niedergeschrien, sondern man ging mit Stöcken auf ihn los und verletzte ihn und seine Frau. Daß die Studenten diese Skandalszenen in Anwesenheit des Universitätsrektors vollführten, ist ein Beweis dafür, daß dieser faschistische Studentenpöbel genau weiß, daß er von dem Rektor der Universität keine Maßnahmen gegen sich zu befürchten hat.

Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, sollen Maßnahmen gegen die Haupträdelsführer erfolgen. (?)

Skandal um den „Fröhlichen Weinberg“ in Chemnitz. Im Zentral-Theater kam es am Dienstagabend zu einem Theater-Skandal bei Aufführung des „Fröhlichen Weinberges“ von Zuckmayer. Wie in Halle war der faschistische Pöbel der Ruhestörer, der durch minutenlangen ohrenbetäubenden Lärm die Aufführung des Stückes verhindern wollte. Die Polizei beförderte einen Teil der Ruhestörer auf die Straße, ein anderer Teil ging „moralisch entrüstet“ von selbst. Das Stück konnte zu Ende gespielt werden. Nach Schluß der Vorstellung gab es vor dem Theater noch Zusammenrottungen faschistischer Lümmels, die gegen das Stück „protestierten“.

Briand im Bunde mit den Rechten. In der gestrigen Kammersitzung siegte die Regierung Briand mit 313 Stimmen gegen 147 Stimmen bei 115 Stimmenthaltungen. Für die Regierung stimmte die Rechte, die Mitte und ein Teil der linksbürgerlichen radikalen Sozialisten, von denen sich aber der größte Teil der Stimmen enthielt. Damit hat Briand erreicht, daß es jetzt in der Kammer keine finanzielle Debatte gibt.

Riesendemonstration des Pariser Proletariats. Die alljährige Demonstration des revolutionären Pariser Proletariats zu Ehren der Kommune-Opfer auf dem Friedhof Père-Lachaise fand diesmal unter riesiger Beteiligung statt. Der Vorbeimarsch der Massen an der historischen Friedhofsmauer dauerte 4 Stunden.

Streikultimatum der Wiener Gemeindeangestellten an die Stadt Wien. Nach der Meldung einer parlamentarischen Korrespondenz haben die Gemeindeangestellten in einer Versammlung beschlossen, unter Hinweis auf ihre schlechte materielle Lage ihre vor längerer Zeit gestellten Forderungen auf Auszahlung einer Notstandszulage zu erneuern. Die Forderung soll an die Stadtverwaltung in Form eines bis zum 16. Juni befristeten Ultimatums gerichtet werden. Inzwischen soll eine Urabstimmung, ob nach Ablauf des Ultimatums der Streik einsetzen soll, eingeleitet werden.

14 Kommunisten an einem Tag aufgehängt

Aus Budapest wird uns gemeldet: Gestern starb in seinem Geburtsort Fadd im Alter von 70 Jahren der Scharfrichter Michael Bali. Er stand 30 Jahre im Staatsdienste als Henker und hatte über 300 Hinrichtungen vollzogen. Seine Höchstleistung war die Hinrichtung von 14 Kommunisten im Laufe eines Vormittages. Seit drei Jahren war der Mann in Pension. Die „Erwachenden“ sind nämlich darauf gekommen, daß die Rekordleistung durch einfaches Ertränken in der Donau weit überboten werden kann.

Königliche Ahnungen

Das Ferkel quiekt, es grunzt die Sau,
Oels-Willem grunzt zu seiner Frau:
„Mir juckt die Gottesgnadenhand.
Es ist Dir sicherlich bekannt
Das schöne Sprichwort auf der Welt:
Der, dem die Hand juckt, kriegt noch Geld.“

Die Frau darauf quiekt ziemlich barsch:
„Mir juckt nun aber grad' der Ar—m,
Und das wird sicher heißen:
Uns werden sie wohl was . . . husten.“

Paul Körner.

Fürsten„abfindung“ in China

Eine geschichtliche Nachgeburt

Von K. A. Wittfogel

Die Zerstörung der ökonomischen Macht der feudalen Fürstenfamilien ist eigentlich ein Programmpunkt der bürgerlichen Revolution. Wo die junge Bourgeoisie sich mächtig genug fühlte, hat sie Leben und Eigentum der vorher an der Macht gewesenen Fürsten nicht geschont. Cromwell legte 1649 dem englischen Könige den Kopf vor die Füße. Ludwig XIV. verlor durch die große französische Revolution Besitz und Leben.

Die deutsche Bourgeoisie ist dermaßen spät zur Klassenreife gelangt, daß sie, erschreckend vor ihrem sozialen Gegenspieler, dem Proletariat, ihre Aufgabe viel weniger darin sah, die feudalen Gewalten (Großgrundbesitz und Krone) zu vernichten, als sie zum Büttel gegen das Proletariat zu machen. Daher die schwächliche, faktisch dem Feudalismus förderliche Haltung des deutschen Bürgertums im Jahre 1848. 1918 gar wollte die klassenbewußte deutsche Bourgeoisie weder den Sturz der Monarchie, noch denjenigen der feudalen Eigentumsverhältnisse. Es ist das Proletariat, das, unter Ausnutzung der wachsenden Unzufriedenheit auch des verelendeten Kleinbürgertums, gegenwärtig die Fürstenenteignung propagiert, das also für eine überfällige Forderung der bürgerlichen Revolution, für eine „Nachgeburt“ der Geschichte den Kampf aufnimmt.

Dabei dürfte es nun lehrreich sein, die Erinnerung an gewisse Gedanken wachzurufen, die in der ideologischen Vorbereitung der großen französischen Revolution eine nicht ganz unwesentliche Rolle gespielt haben: die Lehre vom Recht auf Revolution und Fürstensturz, wie sie besonders am Ende der feudalen Geschichtsperiode im alten China aufgestellt worden ist.

Meng—tse

Das altchinesische Feudalreich, das seit dem dritten Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung bestanden hatte[1]), zerfiel. Die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion und die gleichzeitig zunehmende Bedeutung des beamtenmäßigen Verwaltungsapparates drängten zu einer grundlegenden Neuerung der veralteten politischen Verhältnisse. Die feudalen Großen (Adlige und Fürsten) lagen in ständigem Kampf. Bauernrevolten waren an der Tagesordnung. Der Respekt vor dem feudalen Fürstentum zerfiel zusehends.

Der Philosoph Meng-tse — um 300 v. Chr. — drückt die revolutionäre Stimmung, die das Volk durchsetzte, ausgezeichnet aus. „Das Volk ist das wichtigste Element im Staate“, erklärte er, und meint dabei, wie aus dem Folgenden hervorgeht, mit „Volk“ die damalige arbeitende Klasse, das Bauerntum, „ . . . der Fürst ist am unwichtigsten“[2]).

Diese Rangordnung ist nun keineswegs platonisch gemeint, sondern hat ihre sehr realen praktischen Konsequenzen. Wenn das arbeitende Landvolk das wichtigste Element der Gesellschaft bildet, dann hat es auch ein Recht, den Fürsten zur Rechenschaft zu ziehen.

Meng-tse redete mit dem König Süan von Tsie und sprach: „Wenn unter Euren Dienern einer ist, der Weib und Kind seinem Freunde anvertraute und auf Reisen ging in ferne Lande, und wenn er heimkommt, da hat der andere seine Frau und Kind hungern und frieren lassen: was soll mit jenem Mann geschehen?“

Der König sprach: „Er soll verworfen werden.“

Meng-tse fuhr fort: „Wenn der Kerkermeister nicht imstande ist, seinen Kerker in Ordnung zu halten, was soll mit ihm geschehen?“

Der König sprach: „Er soll entlassen werden!“

Meng-tse fuhr fort: „Wenn Unordnung im ganzen Lande herrscht, was soll da geschehen?“

Der König wandte sich zu seinem Gefolge und redete von anderen Dingen“[1]).

Mit dem Gottesgnadentum ist es also nach dieser Anschauung nichts. Für Wilhelm den Größenwahnsinnigen wäre das China des Meng-tse kein geeigneter Boden gewesen. Aber es kommt noch besser. Der Fürst untersteht nicht nur allgemein der Kontrolle des Volkes. Dieses kann ihn sogar absetzen, ja töten, wenn er sich dementsprechend benommen hat.

Der eben erwähnte König Süan erkundigt sich bei Meng-tse nach der Rechtmäßigkeit zweier Revolutionen, in deren erster der König Gäia abgesetzt, in deren zweiter der König Dschou Sin getötet wurde. Geht denn das an? fragt der König, daß man seinen eigenen Fürsten umbringt?

Da antwortet Meng-tse: „Wer die Liebe raubt, ist ein Räuber; wer das Recht raubt, ist ein Schurke. Ein Schurke und Räuber ist einfach ein gemeiner Kerl. Das Urteil der Geschichte lautet, daß der gemeine Kerl Dschou Sin hingerichtet worden ist; ihr Urteil lautet nicht, daß ein Fürst ermordet worden sei“[2]).

In diesen Worten des chinesischen Philosophen ist das Recht auf Revolution, jedenfalls bedingt, klar enthalten. Die philosophischen Vorkämpfer der französischen Revolution haben darauf für ihre Zeit die radikale Konsequenz gezogen und die radikale Theorie in die Praxis der Fürstenvernichtung umgesetzt.

Und heute . . .?

Unsere gegenwärtige Fürstenenteignungsbewegung ist durchaus anderer Art. **Wir wollen nicht an die Stelle der alten feudalen Gespenster einen „besseren“, einen „Volkskönig“ setzen. Wir wollen nicht an Stelle der feudalen die bürgerliche Welt zum Siege führen, wie das der objektive Sinn der Revolution von 1789 war. Wir benutzen die Empörung der werktätigen Massen über die provozierenden Fürstenansprüche, um die Masse aufzurütteln, um in ihr auf dem Wege des Kampfes um eine Reform — jawohl: das Gefühl das Klassenbewußtseins und der Klasseneinheit zu stärken.**

[1]) Vom besonderen Charakter des chinesischen Feudalismus, der von Anfang an einen weitaus bureaukratisch-beamtenmäßigeren Zuschnitt hatte als der europäische, sehen wir hier ab.

[2]) Meng-tse, Buch VII, II, 14. Chinesischer Text, herausgegeben von James Legge, „The Chinese Classics“ II, Seite 483.

[1]) Meng-tse Buch I, II, 6. Uebersetzt von R. Wilhelm („Mong Dsi“, Jena, 1916, Seite 17).

[2]) Buch I, II, 8. Uebersetzung von R. Wilhelm.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260602-18/fragment/page=0002

Gewerkschaftsbewegung

Beendigter Lohnstreit im Steinsetzergewerbe Mitteldeutschlands

Der Zentralverband der Steinarbeiter schreibt uns: Im Februar 1926 beschäftigte sich das Reichstarifamt für das Steinsetz- und Straßenbaugewerbe Deutschlands mit dem Tarif- und Lohnstreit im Steinsetzergewerbe Mitteldeutschlands. Ein gefällter und von beiden Parteien angenommener Schiedsspruch besagte u. a., daß der Stundenlohn für Steinsetzer mit Ausnahme einiger kleinerer Bezirke auf 1,30 Mk., für Rammer auf 1,17 Mk. und für eingearbeitete Arbeiter auf 0,98 Mk. festzusetzen sei. Diese Vereinbarung galt bis zum 26. Mai 1926. Nach einer Anzahl bezirklicher Verhandlungen und nachdem zwischen den Parteien selbst keine Einigung erzielt werden konnte, trat am 26. Mai das Landestarifamt zu einer Sitzung in Braunschweig zusammen und fällte unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Lohmann folgenden Schiedsspruch:

Die Forderungen der Arbeitnehmer auf Lohnerhöhung, sowie der Antrag der Arbeitgeber auf Lohnklasseneinteilung — mit einer Lohnreduzierung bis zu 10 Pf. pro Stunde — werden abgelehnt. Die bestehende Lohnstaffelung soll bis zum 12. Dezember 1926 fortdauern. Die Parteien sollen bis zum 15. November 1926 zu neuen Verhandlungen zusammentreten, um eine gerechte Lohnstaffelung zu finden.

Durch diesen einstimmig gefaßten Schiedsspruch, welcher seitens der beiden Parteien angenommen worden ist, gilt der Lohnstreit für beendet. Die neue Lohnvereinbarung gilt für das Steinsetzergewerbe des Gebiets Provinz Sachsen, Freistaat Anhalt, Braunschweig und Großthüringen, sowie für den Bezirk Kassel-Fulda-Treysa, anschließend Schaumburg-Lippe, Hannover bis Nienburg bis wieder zur Provinz Sachsen.

Gibt es zu wenig Bauarbeiter?

In Wirtschaftsberichten wird oft davon gesprochen, daß im Baugewerbe die Erwerbslosigkeit nicht so groß sei, wie in anderen Industriezweigen. Damit wird der Anschein erweckt, als gäbe es im Baugewerbe nur wenige oder überhaupt keine Erwerbslosen mehr. Die Bauunternehmer führen bereits seit zwei Jahren den Nachweis, daß die „viele Arbeit" gar nicht bewältigt werden kann, weil sich ein Mangel an Bauarbeitern bemerkbar gemacht habe. Dabei verfolgen sie den Zweck, den Achtstundentag durch eine längere Arbeitszeit zu ersetzen. **Allen Ernstes verlangen sie für die sieben Sommermonate die neunstündige Arbeitszeit.** Nur so kann nach ihrer Auffassung der Wohnungsnot begegnet werden.

Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? **Es ist nicht einmal soviel Arbeit vorhanden, daß alle Facharbeiter untergebracht werden können.**

Eine vom Deutschen Baugewerksbund herausgegebene Uebersicht über die Erwerbslosigkeit im Baugewerbe läßt jedoch erkennen, daß in diesem Beruf die Arbeitslosigkeit weit größer ist als zu der gleichen Zeit in den vorhergehenden Jahren. Danach wurden am 10. Mai bei einer Mitgliederzahl von rund 56 000 im Freistaat Sachsen als erwerbslos festgestellt: 3656 Maurer und 5157 Bauhilfsarbeiter.

Diese Feststellung spricht Bände und stellt fest, daß das Unternehmertum wissentlich die Wahrheit verschweigt. Für die Bauarbeiter soll dies eine Mahnung sein unter allen Umständen am Achtstundentag festzuhalten.

Lohnabbau im Baugewerbe

Das zentrale Schiedsgericht für das Baugewerbe hat am 27. Mai einen Schiedsspruch gefällt, wonach den Lohngruppen Köln, Düsseldorf-Stadt und Land, Neuß, München-Gladbach, Krefeld, Uerdingen, Bergisches Land, Trier-Stadt und Land, Koblenz-Stadt und Land, Bonn, Siegkreis, Ahr, Neuwied und Andernach die Löhne um 2 Prozent, in allen übrigen Bezirken Rheinland-Westfalens um 5 Prozent gekürzt werden. Der Lohnabbau gilt ab 29. Mai 1926.

*

Schon vor einigen Wochen hatte das zentrale Schiedsgericht für die Süddeutschen Bezirke einen beträchtlichen Lohnabbau diktiert. Jetzt ist für Rheinland-Westfalen der Abbau der Bauarbeiterlöhne angeordnet worden. Die Bauunternehmer nutzen die Macht, die ihnen die „altbewährten Führer" des Baugewerksbundes durch Zustimmung zur Bildung eines zentralen Schiedsgerichts in die Hände gespielt haben, rücksichtslos aus. In einem Bezirk nach dem andern wird der Bauarbeiterlohn abgebaut. **Tatenlos und ohnmächtig sehen die reformistischen Verbandsleitungen diesem Treiben zu.** All die demagogischen Ausreden, die bisher die Reformisten benutzten, um ihre Niederlagen zu entschuldigen, sind jetzt hinfällig. Der Verband der Ausgeschlossenen ist bis auf wenige unbedeutende Ueberreste liquidiert. Der Außerordentliche Bundestag hat eine beträchtliche Beitragserhöhung beschlossen. Die Unorganisierten kommen wieder zum Baugewerksbunde. **Was steht noch einer energischen Offensive gegen den Lohnabbau im Wege?**

Der Streit um den Eisenbahnerschiedsspruch

Der Wert des Streitgegenstandes herabgesetzt

Der Allgemeine Eisenbahnerverband, der bekanntlich mit seiner Klage gegen die Reichsbahngesellschaft auf Anerkennung des vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärten Schiedsspruchs durch Urteil des Landgerichts Berlin I zunächst abgewiesen worden war, hatte, abgesehen von der in der Sache selbst einzulegenden Berufung, auch **Beschwerde gegen die Wertfestsetzung** des ersten Urteils eingelegt. Das Landgericht I hatte nämlich den Wert des Streitgegenstandes auf eine Million Mark festgesetzt, wodurch die **Gerichts- und Anwaltskosten** bis zur letzten Instanz zund **eine Viertelmillion Mark** betragen hätten. Das Kammergericht hat der hiergegen eingelegten Beschwerde nunmehr stattgegeben und den Wert des Streitgegenstandes auf 10 000 Reichsmark herabgesetzt und die Kosten der Beschwerde der Reichsbahn auferlegt. Das Kammergericht begründete seine Entscheidung unter Bezugnahme auf die frühere Indikatur damit, daß für die Bewertung des Streitgegenstandes nicht das Interesse der Verbandsmitglieder, sondern nur das Interesse des klagenden Verbandes in Betracht käme, das sich aus dem Verhältnis des Verbandsbeitrages zu dem durch den Schiedsspruch geregelten Arbeitseinkommen seiner Mitglieder ergebe. Der Allgemeine Eisenbahnerverband, der diese Entscheidung zunächst abgewartet hatte, wird jetzt auch das Berufungsverfahren in der Angelegenheit selbst nach Kräften beschleunigen.

Diese „Klage" wird, wie wir schon vor Monaten feststellten, immer mehr zur Farce. Die Herren Rechtsanwälte streiten sich vor den monarchistischen Richtern, und die Eisenbahnarbeiter werden ihre Pfennigzulage doch nicht bekommen.

Einheitsverband der Lebensmittelarbeiter

Urabstimmung vom 6. bis 13. Juni

Die vom Verband der Nahrungs- und Genußmittelarbeiter, der Fleischer und der Lebensmittel- und Getränkearbeiter gebildete sogenannte „Große Kommission" hat den Termin der Urabstimmung über den Zusammenschluß der drei Organisationen zu einer Einheitsorganisation auf die Woche vom 6. bis einschließlich 13. Juni festgesetzt. Abgestimmt wird über die in den einzelnen Verbandsorganen veröffentlichten Grundsätze des Aufbaues und der Verfassung des neuen Verbandes. Ergibt die Abstimmung eine Mehrheit für die Verschmelzung der drei Verbände zu einer Organisation, so werden den Verbandsmitgliedern ihre Mitgliedschaft, Beiträge, sowie die ihnen gezahlten Unterstützungen nach den Satzungen des neuen Verbandes angerechnet. **Die Abstimmungsresultate müssen bis zum 21. Juni in den Händen der Verbandsvorstände sein.** Später eingehende Resultate finden keine Berücksichtigung mehr. Das Abstimmungsreglement ist in den Verbandszeitungen veröffentlicht. Die Kommission erwartet, daß sich alle Mitglieder angesichts der Wichtigkeit der Verschmelzungsfrage an der Abstimmung beteiligen werden.

Die Fälschungen der „Holzarbeiterzeitung"

Anmerkung der Redaktion: Der Kollege Mehle, der langjähriges Mitglied der SPD. war und wegen seiner Rußlandberichterstattung aus der SPD. ausgeschlossen wurde, sandte der „Holzarbeiterzeitung", die in ihrer Nr. 16 eine gefälschte Rede Bucharins veröffentlichte, und die deutsche Arbeiterdelegation herunterriß, die nachfolgende Notiz. Die „Holzarbeiterzeitung" hat es abgelehnt, die durchaus sachlich gehaltenen Ausführungen des Kollegen Mehle zu bringen. Wir geben sie deshalb hiermit unseren Lesern zur Kenntnis.

In der Nummer 16 der **„Holzarbeiterzeitung"** beschäftigt sich die Redaktion derselben mit der deutschen **Arbeiterdelegation nach Sowjet-Rußland** und veröffentlicht eine Rede Bucharins. Dieser Artikel kann nicht unwidersprochen bleiben. Ich bitte deshalb die Redaktion, auch einmal einem Mitgliede der Delegation das Wort gestatten zu wollen. Die „Holzarbeiterzeitung" schreibt:

„Man lese nur die Berichte der 58 Mann starken Arbeiterdelegation vom Sommer 1925; überall und alles haben diese Männer in bester Ordnung gefunden. Der Bericht ist ein einziges Loblied auf das kommunistische Rußland."

Wer unseren Bericht aufmerksam liest, wird feststellen müssen, daß die oben angeführten Sätze nicht zutreffen. Man lese nur auf Seite 172 das gesamte Urteil, das ich auf Grund meiner Studien abgegeben habe. Es heißt dort:

„Der Aufbau der Industrie geht langsam, aber sicher vor sich. Der Weg zum Aufbau ist steil und steinig, schwer keucht das Proletariat unter der Last" . . . „Die Bodenbearbeitung muß modernisiert werden, die maschinelle Bewirtschaftung muß Eingang finden", usw.

Ist das auch Lobhudelei oder nennt man das Kritik?

Weiter wurden aus einer Rede Bucharins, die derselbe am 5. Januar d. J. in Moskau gehalten hat, folgende, angeblich der „Pravda" entnommene Sätze zitiert:

„Im Jahre 1921 haben wir, weil die Weltrevolution sich verzögerte, die neue Wirtschaftspolitik (Nep) eingeführt. Dies war ein Rückzug. Was droht in der Zukunft? Unsere Staatsindustrie ist, so sagt man uns, ein Stück Sozialismus. Das stimmt nicht. Sie ist eher staatskapitalistisch. Der Arbeitslohn ist niedrig; die Arbeiter beziehen vollkommene Bettelröhne. Die Wirtschafter leben tausendmal besser. Wie kann hier von Sozialismus gesprochen werden? Auf dem Dynamowerk erklärten uns die Arbeiter im Anschluß an die Kongreßdebatten: „Wie sollten wir in einem so bettelarmen Lande, wie das unsrige ist, zurechtkommen? Wenn wir von Anfang an wüßten, daß wir die Aufgaben (den Aufbau des Sozialismus) nicht lösen können, warum zum Teufel ist dann die Oktober-Revolution gemacht worden?" Derartige Aeußerungen sind vollkommen begreiflich in einem Lande, wo es von obdachlosen Kindern wimmelt und luxuriöse Kaufläden vorhanden sind. Da müssen die denkenden Arbeiter Zweifel an der Möglichkeit des sozialistischen Aufbaues bekommen. Unsere Industrie ist viel bettelhafter, als die kapitalistische."

Vor mir liegt die Rede im vollständigen Wortlaut, vergebens suche ich aber die Sätze, die die „Holzarbeiterzeitung" anführt. Nichts hiervon ist in der ganzen Rede enthalten. Ich halte es auch für ausgeschlossen, daß Bucharin derartige Redewendungen gebraucht hat. Die Redaktion scheint hier einem **Uebersetzungsfehler** zum Opfer gefallen zu sein, was ja sehr leicht vorkommen kann. Nur einige Worte an einer Stelle der Rede haben mit den zitierten Worten etwas Aehnlichkeit, und diese lauten wie folgt:

„Wenn plötzlich ein Arbeiter sagt: Was ist das für ein Sozialismus, wenn ein Arbeiter in Amerika bedeutend mehr verdient, als in unserer Staatsindustrie? dann fürchten sich manche Genossen, diesem zu sagen — und davor darf man sich nicht fürchten —, daß unser Sozialismus noch ein elender Sozialismus ist. Unser Staatsapparat arbeitet noch oft um das Zehnfache schlechter, als der bürgerliche Staatsapparat. **Wir sind jedoch nicht geneigt, unsere Position der Bourgeoisie zu überlassen und unseren Staatsapparat kapitalistisch zu nennen.** Unsere Industrie ist noch ärmer als die kapitalistische, sie ist aber **ihrem Typus nach sozialistisch, und wir werden sie ohne Kampf auf Leben und Tod nicht dem Feind überlassen.** Jeder weiß, daß wir in einer neuen Richtung steuern, **daß der Sozialismus letzten Endes ein viel reicheres Leben als der Kapitalismus garantieren wird, da der Sozialismus eine viel vollkommenere Produktionsweise darstellt.** Der Kapitalismus befindet sich auf der Neige seines Lebens, er ist erwachsen, er ist sogar schon ein Greis. Bei uns gibt es aber einen Sozialismus, der sich im Keimzustande befindet. **Unser Kind wird wachsen und wird seine starke Faust zeigen."**

Das klingt etwas anders, werte „Holzarbeiterzeitung". Die russischen Führer und die russische Presse üben an Mängeln in Industrie und Landwirtschaft sehr oft eine scharfe, offene Kritik. Das ist aber ein Zeichen innerer Stärke und der Beweis dafür, daß das eiserne Bestreben vorliegt, diese Mißstände an der Wurzel zu fassen und für Besserung zu sorgen und so dem sozialistischen Staate immer näher zu kommen.

In derselben Nummer werden einige Worte über die **russische Holzindustrie** gesagt. Da fällt mir der Satz auf: „Die Qualität der Produktion sei nicht einmal für den Inlandsmarkt zufriedenstellend und natürlich erst recht nicht für den Auslandsmarkt." Ich kann die Richtigkeit dieses Berichtes nicht nachprüfen, möchte aber auf Grund meiner Studien folgendes feststellen: Die Holzindustrie Rußlands ist jetzt nur auf Eigenbedarf eingestellt. Wir sahen dort Wohnungs- und Bureaueinrichtungen, die mehr als bei uns auf praktischen Gebrauch zugerichtet waren. Wir haben dann weiter wahre Prachtstücke von Buffets und Bücherschränken gesehen, die Zeugnis ablegen von dem hohen Stand der Möbelindustrie. Also in bezug auf Qualität kann auch die Holzindustrie Rußlands sich sehen lassen, wenn sie auch in technischer Beziehung noch nicht auf der Höhe ist.

Zusammenfassend möchte ich sagen, **daß es Aufgabe der Gewerkschaftspresse ist, das uns Arbeiter Einende immer in den Vordergrund zu stellen und alles zu vermeiden, was immer einen Teil der Mitglieder abstößt.**

H. Mehle, Berlin.

Was die „Sozialen Bauhütten" nicht sein sollen

(Arbeiterkorrespondenz Zeitz)

Seit Bestehen der sogenannten „Sozialen Bauhütten" hat es schon viele Auseinandersetzungen über Zweck und Wert derselben für den Klassenkampf des Proletariats gegeben. Wir Kommunisten lehnen ganz entschieden die reformistische Ideologie ab, als ob die Bauhütten ein Mittel zum „langsamen Hineinwachsen in den Sozialismus" bedeuten. Ebenso unmöglich ist es, daß derartige Arbeiterunternehmen schon jetzt in der Lage sind, sozialistische Wirtschaftspolitik zu treiben. Solange das kapitalistische System nicht beseitigt ist, werden auch die Arbeiterunternehmungen sich mehr oder weniger nach den Bedingungen der kapitalistischen Waren- und Marktwirtschaft und der daraus entspringenden Konkurrenz richten müssen. Was wir als Arbeiter tun müssen, ist, die Arbeiterunternehmungen zu einer starken Waffe im Klassenkampf auszugestalten.

Besonderer Berücksichtigung bedürfen hierbei die Lohn- und Arbeitsbedingungen des in Arbeiterunternehmungen beschäftigten Personals, welche gegenüber den kapitalistischen Unternehmungen immer vorbildlich sein müssen, um zu verhindern, daß Privatunternehmer schlechte Entlohnungsverhältnisse oder lange Arbeitszeit als willkommenes Mittel zur Niederhaltung der Lebenslage ihrer Arbeiterschaft benutzen.

Ein Beispiel, wie in Arbeiterunternehmungen nicht gewirtschaftet werden darf, bietet die „Soziale Bauhütte" in Zeitz. Zwei ältere Lehrlinge stehen dort bereits ein Jahr im Lehrverhältnis. Laut Lehrvertrag war ein Stundenlohn von 82 Pf. festgelegt. Auf Grund schlechten Geschäftsganges (oder schlechter Geschäftsführung — ?) sollte ihnen plötzlich der Lohn gekürzt werden und wurde dann auch wirklich auf 50 Pf. festgesetzt. Der Angestellte des Baugewerksbundes, Kollege Hermann, erklärte ganz einfach:

„Der Lohn ist zu hoch, wir können soviel nicht zahlen, **die Lehrlinge können uns ja verklagen."** — Er hatte wohl nicht damit gerechnet, daß seine Worte Wahrheit werden würden; die beiden Lehrlinge verklagten nämlich das Arbeiterunternehmen beim Gewerbegericht. Es bildet einen Schandfleck in der Zeitzer Arbeiterbewegung, daß durch die Verbohrtheit reformistischer Gewerkschaftsführer es soweit kommen mußte.

Beim Gewerbegericht bekamen die Lehrlinge Recht, und nur durch Ueberredung der beiden gelang es dem plötzlich sehr kleinlaut gewordenen Vertreter der Bauhütte, den Lehrlingen einen Stundenlohn von 70 Pf. aufzuschwatzen.

Auch das ist noch ein Skandal gegenüber den Lohnverhältnissen in anderen Betrieben und braucht sich die Bauhütte gar nicht zu wundern, wenn in nächster Zeit sich Privatunternehmer auf die Bauhütte als Lohndrücker berufen.

Auch die sonstigen Arbeitsverhältnisse sind nicht sehr für den „sozialen" Charakter des Betriebes sprechend. Einem alten Platzarbeiter, der das 65. Lebensjahr überschritten hat, setzte man mit Redensarten, z. B. die Arbeit würde zu teuer, er verdiene noch nicht einmal die Hälfte seines Lohnes und sei ein großer Faulenzer usw., solange zu, bis der alte Kollege, der ewigen Schikanen überdrüssig, freiwillig diese gastliche Stätte verließ.

Die Zeitzer Arbeiterschaft muß gegen diese Zustände in einem Arbeiterunternehmen einmal energisch Front machen. Ein nur etwas gerissenes Unternehmertum findet hier geradezu ein Vorbild für noch schärfere Ausbeutung der Arbeiterschaft. Diese Gefahr gilt es zu erkennen und ihr zu begegnen. In allen Betrieben, auch den Stempelstellen muß diese Frage diskutiert werden und die reformistischen Gewerkschaftsführer müssen durch Massendruck gezwungen werden, andere Wege in der Verwaltung und Leitung eines Arbeiterunternehmens einzuschlagen oder von ihrem Posten zu verschwinden und Kollegen Platz zu machen, welche die Notwendigkeiten und Bedingungen des Klassenkampfes besser erkannt haben.

Erwerbslose gegen die reformistische Gewerkschaftstaktik

Eine freigewerkschaftliche Erwerbslosenversammlung

(Eig. Drahtm.) Stettin, 2. Juni.

Nach langem Drängen der Stettiner Erwerbslosen berief endlich der Ortsausschuß Stettin eine freigewerkschaftliche Erwerbslosenversammlung ein. Der Referent Becker, Vorsitzender des Kartells, erhielt eine vernichtende Niederlage. Sein Referat wurde mit großem Widerspruch aufgenommen. Zum Schluß gelangte eine Resolution der Kommunisten zur einstimmigen Annahme, die sich gegen die Auffassung des Stettiner Ortsausschusses, „der Höhepunkt der Krise sei überwunden", richtet und sich gegen die gestaffelten Unterstützungssätze wendet und eine Erhöhung der Unterstützung um 50 Prozent fordert. Die Gemeindevertreter der KPD. und SPD. und der Ortsausschuß des ADGB. wurden zu gemeinsamer Arbeit für die Erwerbslosen verpflichtet und der Kampf gegen die Regierung und die Beseitigung der Hindenburg-Republik verlangt. Becker verzichtete angesichts der Stimmung der Versammlung auf das Schlußwort.

Kongreß der Gewerkschaften in Finnland

Im Zeichen der Einheit — Niederlage der Sozialdemokraten

Die finnischen Sozialdemokraten haben seit jeher unter Anwendung der schofelsten Mittel — wozu auch die offene Denunziation und die Unterstützung der weißen Regierung gehörten — alles versucht, um den Gewerkschaftsbund an ihre Partei zu fesseln. Zu diesem Zwecke hatten sie auf einer kürzlich abgehaltenen Konferenz **ultimative Forderungen** aufgestellt, deren Annahme eine **vollständige Unterwerfung der freien Gewerkschaften unter die Diktatur der Sozialdemokratischen Partei** bedeuten würde. So verlangte die Konferenz den bedingungslosen **Anschluß an die Amsterdamer Internationale** sowie Teilnahme an dem vom Völkerbund errichteten Internationalen Arbeitsamt in Genf, obwohl die organisierten Arbeiter Finnlands in ihrer übergroßen Mehrheit auf dem linken Flügel stehen und sich trotz der Verfolgung der kommunistischen Bewegung zum revolutionären Klassenkampf bekennen.

Hatten die klassenbewußten finnischen Arbeiter schon durch die Delegiertenwahlen zum Kongreß des Gewerkschaftsbundes bewiesen, daß sie in ihrer erdrückenden Mehrheit die Spaltungsbestrebungen der sozialdemokratischen Intellektuellenclique ablehnen, **von den zu wählenden 75 Delegierten waren nämlich nicht weniger als 58 Anhänger der Einheit oder des revolutionären Flügels, während die Sozialdemokraten — trotz Fälschungen in solchen Verbänden, wo sie an der Führung sind — ganze 16 Mandate erhalten haben,** so taten sie das noch nachdrücklicher, noch wuchtiger durch ihre eindrucksvollen **Kundgebungen am 1. Mai.**

Allein in der Hauptstadt nahmen über 15 000 Arbeiter an der Einheitsdemonstration teil, trotz des unerhörten Terrors der weißen Regierung, trotz der polizeilichen Verfolgungen und trotz der offenen Spaltungsversuche der Sozialdemokraten. Diese hatten zu gleicher Zeit eine eigene „Demonstration" an anderer Stelle, die aber nur 600 Teilnehmer zählte, darunter natürlich eine Menge Kleinbürger.

Dieses klägliche Resultat mag die Spaltungsapostel vielleicht zum Nachdenken gebracht haben, da sie sich auf dem jetzt abgeschlossenen **Kongreß des Gewerkschaftsbundes dem Willen der Mehrheit unterwarfen,** wenigstens vorläufig. Unter dem Druck der vorherrschenden Stimmung waren auch die **ausländischen** Gäste genötigt, sich **mehr oder weniger offen für die Einheit** der Bewegung auszusprechen. Dies tat am deutlichsten C. O. Strand, sozialdemokratischer Führer des schwedischen Papierindustriearbeiter-Verbandes, eine der größten Gewerkschaften Schwedens, der die Spaltungsbestrebungen seiner finnischen Genossen entschieden **verurteilte.** Von den ausländischen Vertretern wurde der russische Genosse Melnitschanski bei seinem Auftreten mit lebhaftem Beifall empfangen.

Der Kongreß beschloß aus taktischen Gründen, sich keiner der bestehenden Internationalen anzuschließen, er wird aber die Bestrebungen des **englisch-russischen Einheitskomitees** mit allen Mitteln unterstützen. Betreffend die politischen Parteien wurde beschlossen, daß sich die Gewerkschaften ihnen gegenüber **neutral** verhalten sollen, sie folglich auch nicht finanziell unterstützen dürfen.

Als **Vorsitzender** wurde ein **Sozialdemokrat** — die sozialdemokratischen Arbeiter folgen nicht alle ihren Führern —, als **Generalsekretär** ein **Einheitsmann** gewählt. Der Landesvorstand des Gewerkschaftsbundes setzt sich aus **20 Anhängern der Einheit und 10 Sozialdemokraten** zusammen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260602-18/fragment/page=0003

Der Arbeitermord in Wettin

Am Ort der Bluttat — Merkwürdige Untersuchungsmethoden der Mordkommission — Der Täter noch immer auf freiem Fuß

Unser nach Wettin entsandter Sonderberichterstatter gibt uns über die feige Mordtat an dem Genossen Wittstock folgenden Bericht:

Der Mord an unserem Genossen Hermann Wittstock hat innerhalb der Wettiner Bevölkerung starke Erregung hervorgerufen. Dies ist um so mehr begreiflich, als der Ermordete überall als ein ruhiger, vernünftiger Arbeiter mit guten Charaktereigenschaften bekannt war und geschätzt wurde. Hermann Wittstock war von Beruf Maurer und arbeitete bis zum Tage seines Mordes auf der Baustelle des Elektrizitätswerkes in Trotha. Am 28. Mai, also am Tage der scheußlichen Bluttat, hatte er gerade sein 34. Lebensjahr vollendet. Er war geborener Berliner und lebte mit seiner zweiten Frau seit Jahren in Wettin. Seine alten Eltern, die noch in Berlin wohnen, hat er regelmäßig unterstützt. Zwei Kinder, die aus der ersten Ehe hervorgingen, sind nicht mehr am Leben. Bei der Wettiner Arbeiterschaft stand der Genosse Wittstock in besonders hohem Ansehen. Er war

seit langen Jahren gewerkschaftlich und politisch organisiert.

Als früheres Mitglied der SPD. trat er sofort bei Gründung der Kommunistischen Partei dieser bei und galt auch hier als einer der tüchtigsten und brauchbarsten Funktionäre. Neben seinem Beruf als Maurer führte er noch in seinen freien Stunden in ehrenamtlicher Tätigkeit die Geschäfte des Konsumvereins Wettin. Mit seinem Tode ist eine Lücke in die Reihen der Wettiner Arbeiter gerissen, die sich so leicht nicht ausfüllen lassen wird.

*

Gestern nachmittag um 3 Uhr traf in Wettin eine Gerichtskommission ein, die den Ermordeten und den Tatort zu untersuchen hatte. Vor dem Friedhof, woselbst die Leiche, von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt, aufgebahrt liegt, hatten sich viele Neugierige angesammelt. Daß sie nichts zu sehen bekamen, dafür war bestens gesorgt. Der Friedhof war verschlossen und von Beamten der Landjägerei besetzt. **Als unser Berichterstatter dennoch den Friedhof betrat und vorstellig wurde, der Obduktion beiwohnen zu dürfen bzw. den Toten einmal vorher sehen wollte, wurde ihm dies vom Amtsgerichtsrat Neubert, Wettin, ohne Begründung verweigert.** Das ist eine kleine Merkwürdigkeit, an die sich noch einige andere anreihen und die dann im ganzen genommen kaum einen anderen Schluß zulassen, als daß man auch in dieser Mordangelegenheit wieder einmal „den Mantel der christlichen Nächstenliebe" über verschiedene, noch dunkle Punkte decken will. Der Tote lag auf einer flachen Tafel in der kleinen Leichenhalle des Friedhofes. Die Glieder waren bereits stark geschwollen und bläulich gefärbt. Auf der linken Brustwarze befindet sich die Einschußstelle des tödlichen Geschosses.

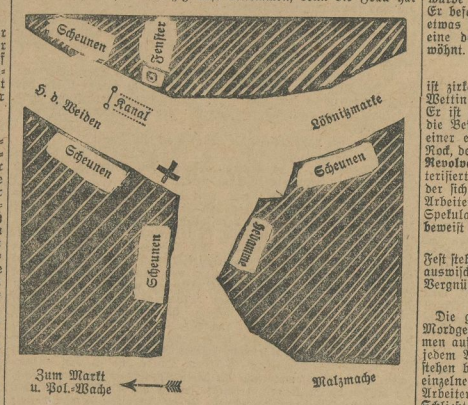
Als Vertreter der Staatsanwaltschaft war der Oberstaatsanwalt Dr. Mosler aus Halle anwesend. **Für die Leichenöffnung hatte man ausgerechnet wieder einmal Herrn Professor Schulz bestimmt.** Wir haben schon öfters Gelegenheit gehabt, diesen schwerhörigen, zerstreuten alten Mann als medizinischen Sachverständigen in seinen Gutachten usw. näher zu beleuchten. Das letztemal fungierte er in der Affäre gegen unseren Genossen Lehnert, den er durch ein unsinniges Gutachten schwer belastete. Was das zerstreute Benehmen des Professors vor dem Friedhofseingang beobachtet hat, der wird sich über die Tätigkeit dieses Sachverständigen schon ein Bild machen können und seine evtl. Gutachten entsprechend zu bewerten wissen.

Am Tatort

sind irgendwelche Spuren des Mordes nicht mehr zu entdecken. Wie aus der beigefügten Skizze zu ersehen ist, wurde der Genosse Wittstock am Ausgang einer Schlippe, die von der engbewohnten Malzmache nach der Löbnitzmarke führt, erschossen. Das Kreuz in der Skizze zeigt die Stelle an, wo der Ermordete unmittelbar nach der Tat noch röchelnd aufgefunden wurde. Etwas schräg nach links ist in unserer Skizze ein Quadrat mit einem Kreis zu finden, womit das Parterrefenster eines Wohnhauses angedeutet werden soll, aus welchem die Tat beobachtet wurde. Es handelt sich um das Grundstück Löbnitzmarke Nummer 143, das etwa 10 Meter hinter einem tief eingelassenen Kanal vom Fundort des Toten entfernt liegt. Dieses Haus ist auch eins der letzten Wohnhäuser dieser Straße, deren Verlängerung (Hinter den Weiden) rechts und links ausschließlich mit Scheunen bedaut ist. Auch die letzten Häuser der Löbnitzmarke nach der Seite des Tatortes hin sind Scheunen bzw. eine Schmiedewerkstatt. **Die Tat ist also in einem vollkommen dunklen, fast unbewohnten Winkel ausgeführt und ein Meuchelmord schon darum sehr wahrscheinlich, weil der Ermordete, der sich ja auf dem Heimweg befand, diesen dunklen Winkel nicht zu passieren brauchte.**

Wie der Mord ausgeführt wurde,

steht mit Sicherheit noch nicht fest, da es auch unserem Berichterstatter nicht gelungen ist, einen direkten Augenzeugen ausfindig zu machen. Aber trotzdem dürfte es den Untersuchungsbehörden bei gutem Willen gar nicht schwerfallen, die Angelegenheit aufzuklären, da doch einige Anwohner der nächstliegenden Häuser noch flüchtig Zeugen der Bluttat wurden. **Der Staatsanwalt, der ebenfalls mit einigen Landjägern den Tatort besichtigte, hat es allerdings nicht für der Mühe wert gehalten, nach dieser Richtung hin Nachforschungen anzustellen. Sein Verweilen am Tatort dauerte nur wenige Minuten. Zeugen hat er nicht vernommen und auch gar nicht gesucht.** Vielleicht kann die Staatsanwaltschaft etwas von den Nachforschungen unseres Berichterstatters verwerten. Diesem erklärte eine Frau Döring, die jenes, auf unserer Skizze bezeichnetes Haus bewohnt, folgendes: Sie habe nachts, kurz vor 3 Uhr auf der Straße plötzlich die Stimmen zweier Männer gehört. Dies habe sie veranlaßt aufzustehen und an das Fenster, das nach der Straße hin führt, zu treten. Sie habe dann das Fenster und den davor befindlichen Fensterladen leise einen kleinen Spalt geöffnet und in der Dunkelheit zwei Männer gesehen, die einen Wortwechsel führten. Jedenfalls haben sich die Streitenden noch verhältnismäßig leise benommen, denn die Frau hat



vorerst nichts verstehen können. **Die Frau versichert auf das bestimmteste, daß von einem Handgemenge oder dergleichen gar keine Rede sein könne.** Die beiden Männer, die sie übrigens nicht erkannt hat, standen sich gegenüber. Plötzlich habe sie gehört, wie **einer von den beiden sagte: „Was wollen Sie denn nur von mir?" Dann sei plötzlich ein sehr lauter Schuß gefallen. In diesem Augenblick habe sie das Fenster völlig aufgestoßen und sah dann nur noch, wie einer der Männer zu Boden sank, während der andere gerade in der Dunkelheit um die Ecke nach der Malzmache verschwand.** Sie hat dann ihren Mann geweckt und dieser ist mit ihr zu dem am Boden Liegenden gegangen und hat dessen Puls befühlt. Der Mann habe aber nur noch einmal gerochelt und sei dann tot gewesen. Kurz darauf erschienen auch noch andere Leute, später auch die Frau des Ermordeten, der Arzt und der als Täter in Frage kommende **Hilfspolizeiwachtmeister Redde** mit dem Stadtpolizisten Weinholz.

Das Vorausgegangene ergibt sich aus weiteren Zeugenaussagen, die nur folgende Möglichkeit offen lassen: Genosse Wittstock hatte an jenem fraglichen Abend noch im Konsum zu tun und begab sich erst spät von hier zum Gastwirt Meier („Schweizerling"), um dort noch mit einigen Genossen und Bekannten seinen 34. Geburtstag zu feiern. Er soll das Lokal dann noch einmal nach der festgesetzten Polizeistunde besucht haben, hat aber keine Getränke mehr erhalten, da der Polizeiwachtmeister Redde den weiteren Ausschank untersagte. Hierbei ist es schon zu einem kleinen Wortwechsel gekommen. Wittstock ist dann von seiner Frau abgeholt. Auf dem Wege zur Wohnung sind ihnen Bekannte begegnet, die eine Hebamme holen wollten. Wittstock begleitete diese in die Schlippe, wo die Hebamme wohnt und in der auch später der Mord geschah. Als sie sich dann in Begleitung der Hebamme wieder in der Richtung nach dem Markt in Bewegung setzten, tauchte an der Ecke Malzmache plötzlich wieder Redde vor ihnen auf (!!) und es ist wieder zum Wortwechsel gekommen. Die Hebamme und seine Bekannten sind weiter gegangen. Wahrscheinlich wollte Wittstock den Polizeiwachtmeister los sein und schlug aus diesem Grunde den Umweg durch die Schlippe nach Hinter den Weiden ein. Als ihn auch nach hierhin noch der Beamte folgte, ist es wieder zu einem Wortwechsel gekommen, in dessen Verlauf dann die von der Frau Döring gehörten Worte: „Was wollen Sie denn nur von mir!" gefallen sind.

Die Frau des Gemordeten, der das Ausbleiben ihres Mannes zu lange dauerte, suchte ihn dann mit einem Bekannten und beide fanden ihn an der in unserer Skizze angekreuzten Stelle. Der Redde die Tat an sich zugegeben hat, kann er auch nur der Mann sein, der von der Frau Döring am Tatort gesehen ist. Dann aber sind seine Aussagen, wonach er in Notwehr gehandelt haben will, nicht zutreffend. In diesem Zusammenhang sei auch noch erwähnt, **daß am Tatort keine Waffen gefunden** wurden und bei dem Ermordeten fand man lediglich ein kleines, zugeklapptes Taschenmesser in seiner Hosentasche. Den Ermordeten schafften die Polizeibeamten Weinholz und der Täter Redde **auf eine Leiter gebunden** fort. Angeblich wußte man nicht, wo der Krankenwagen sei.

Redde, der aus Eisleben stammt und noch dorthin beurlaubt wurde (trotz seiner Bluttat), hielt sich gestern noch in Wettin auf. Er befand sich noch immer auf freiem Fuß. Das mag für Wettin etwas Neues sein, im übrigen Deutschland aber hat man sich an eine derartige Toleranz gegenüber Arbeitermördern bereits gewöhnt. Man denke nur einmal an Pfetzker.

Der Täter

ist zirka 40 Jahre alt, verheiratet, Vater von zwei Kindern, in Wettin wohnhaft und Hilfspolizeiwachtmeister der Stadt Wettin. Er ist also kein festangestellter Beamter und hatte auch gar nicht die Befugnis, Uniform zu tragen. Dennoch sah man ihn nur in einer eigenen Fantasie-Uniform, bestehend aus einem feldgrauen Rock, der städtischen Polizeimütze und umgeschnalltem Säbel. **Einen Revolver trug er stets untergeschnallt bei sich.** Das allein charakterisiert schon das ganze schmutzige Strebertum dieses Mordbuben, der sich wahrscheinlich nach Art des Oberleutnants Pfetzker durch Arbeitermord Namen und Rang verschaffen will. Daß diese Spekulation die Sympathie unserer heutigen Machthaber findet, beweist der Umstand,

daß der Bursche noch immer nicht verhaftet ist.

Fest steht auch, daß Redde schon immer dem Genossen Wittstock etwas auswischen wollte. So hat er denselben einmal anläßlich eines Vergnügens **mit dem blanken Säbel blutiggeschlagen.**

*

Die gesamte werktätige Bevölkerung muß diesem reaktionären Mordgesindel samt ihren Hintermännern endlich einmal den Daumen auf das Auge drücken. Die scheußliche Bluttat in Wettin muß jedem Arbeiter die Augen öffnen und zeigen, daß es kein Abseitsstehen beim Kampf gegen die Reaktion mehr geben kann. Jedem einzelnen Arbeiter kann schon morgen ein ähnliches Schicksal treffen. Arbeiter, reißt Euch endlich selbst heraus aus aller Gefühlsduselei. Schließt Euch fester zu einer eisernen roten Front zusammen. Schlagt den Gegner mit denselben Waffen, mit denen er Euch angreift.

*

Heute nachmittag findet die Beerdigung unseres toten Genossen statt. Jeder Arbeiter von Wettin und Umgebung muß an dieser Beerdigung teilnehmen. **Fordert durch Euren Massenaufmarsch die sofortige Inhaftierung des feigen Meuchelmörders.**

Die Unverschämtheit der „Allgemeinen Zeitung"

Ueber die Bluttat in Wettin wußte die „Allgemeine Zeitung" bereits in ihrer Sonntag-Ausgabe folgendes zu berichten:

Erschossen

Wettin. Hier geriet vergangene Nacht der Maurer und Konsumlagerhalter Wittstock, der schon früher Konflikte mit der Polizei gehabt hat, in einen Streit mit dem Hilfswachtmeister Redde. Es kam zunächst zu einem Wortwechsel, dann drang Wittstock auf den Polizeibeamten ein und griff ihn an. Redde zog zu seiner Verteidigung die Pistole und feuerte einen Schuß ab, der Wittstock sogleich tot zu Boden streckte.

Der Erschossene ist 34 Jahre alt. Er ist als Kommunist wiederholt hervorgetreten. Die einzelnen Umstände des nächtlichen Zusammentreffens sind noch nicht aufgeklärt. Im besonderen steht noch nicht fest, ob der Streit politische Motive hatte.

Diese Schwindelzeitung stellt in diesem Bericht Behauptungen mit so positiver Sicherheit auf, als sei ihr Berichterstatter selbst Augenzeuge der Tat gewesen. Unmöglich wäre es ja auch nicht, daß der Mordbube dies nationale Blatt selbst in seinem Sinne inspiriert hat. Wir empfehlen den Herrschaften, sich selbst einmal nach Wettin zu bemühen und den Tatort zu besichtigen, sowie nähere Nachforschungen anzustellen, dann würden auch sie zugeben müssen, daß die Wahrscheinlichkeit eines glatten Meuchelmordes doch viel näher liegt. Aber eine objektive Berichterstattung ist ja nicht Aufgabe der nationalen Blätter. Sie müssen sich vielmehr, getreu ihrem eigentlichen Zweck, schützend vor die faschistischen Mordbuben stellen.

Arnolt Bronnen: Ostpolzug

Gastspiel Fritz Kortner im Stadttheater

„Wie schön wäre es für mich, zwanzigjährig niedergestochen zu werden." (Arnolt Bronnen.)

Es hat keinen Sinn, die Augen davor zu verschließen, und wir haben auch keinen Anlaß dazu: der gestrige Abend im Stadttheater läßt alle Hoffnung schwinden für den, der auf die bürgerliche Dichterauslese 1926 noch welche setzt. Dies festzustellen, ist sehr einfach, aber die große Anzahl und Verschiedenartigkeit der Gründe hierfür ruft immer neues Erstaunen hervor. Das Stück selbst ist ein starker Beweis für diese Behauptung, noch stärker wirkte, als Belag dafür, die Aufführung in Halle. Fritz Kortner beileibe nicht. Der war ein Schwindel erregender Interpret dieses einzigen Menschen aus Bronnens Schauspiel, der einen Angstkomplex durch zwei Jahrtausende herüberrettet. Daß nur Einer auf der Bühne steht und spricht, braucht kein Fiasko zu sein, wenn die Worte des Einen in der Masse Nachhall haben, oder wenn die Worte der Masse in dem Einen aufklingen. Aber es geht nicht, den Prominenten an sich wirken zu lassen, wenn sein Echo versagt. Hier war es augenscheinlich eine technische Frage: die Massen, die einmal zu schreien, dann zu klagen, dann zu murren haben, die aufbegehren und wieder bezwungen schweigen müssen, unsichtbar, aber spürbar, fühlbar in Rhythmus und Trag-Weite, diese Massen waren schlecht eingeübte Statisten, denen der niedrige Stundenlohn aus den Kehlen klang. Es war eben nur augenscheinlich die technische Frage des Aufwandes für ein Gastspiel. Mehr denn irgendwo sonst war es diesmal die Frage des Prinzips, ob eine Theaterleitung die Zügel bürgerlicher Ausweglosigkeit achtlos über die Erde schleifen läßt, oder ob sie den Versuch wagt, eine Plattform zu Neuem, wirklich Lebendigem zu finden.

*

Da es eine Frage des Prinzips ist, darf man Vergleiche anstellen. Woher kam die starke Spannung der Zuhörer bei der Berliner Aufführung des „Trunkenen Schiff"? Der Regisseur Erwin Piscator hatte bewußt die Wirkung der Massenrufe herausgearbeitet und sie geradezu zum Leitmotiv gemacht. Der Negergesang in einer der Szenen war wesentlicher, vielsagender, erschreckender und schöner als die prominenten Helden des Spiels von Rimbaud und Verlaine. Und nur weil es so war, wurden die Helden nicht unerträglich. In Halle aber glaubte man, sich über solche Zusammenhänge weiter keine Gedanken machen zu brauchen. Die wesentliche Forderung nach Zusammenspiel und Ausgleich der Kräfte wurde als technische Frage nebensächlich behandelt und daher schlecht gelöst. Das Resultat war Unzufriedenheit auf der ganzen Linie.

*

Das Resultat war Unzufriedenheit auf der ganzen Linie. Die Unzufriedenen wußten aber meist nicht, warum sie es waren. Daß die hallische Elitebourgeoisie das unkultivierteste Theaterpublikum der Erde sein dürfte, ist nicht die einzige Erklärung. Dieses Publikum wird für das Versagen des Zusammenspiels zwischen Darsteller, Masse und Bühnenbild auch nur eine technische Erklärung suchen, und es liegt kein Grund vor, ihm auf die Sprünge zu helfen, da es selbst Erblasser solcher Kunst ist und ihm für großstädtischen, aber nicht minder bürgerlichen, Snobismus nur die Intelligenz fehlt. Die proletarische Klasse aber hat nicht nötig, snobistisch zu sein, da sie lebendig ist und ein Erbe antritt, das selbst ihre klügsten Klassengegner nicht mehr zu verwalten imstande sind. So erklärt sich auch unsere Forderung nach Aufführung „moderner Autoren". Ihre Werke bieten den besseren Kampfboden.

*

Von jedem ihrer Stücke möchte man sagen: es gibt kaum eins, das für den heutigen Geisteszustand der Bourgeoisie so typisch wäre, wie gerade dieses. Die Uebersteigerungen sind nur Rekorde auf der Basis der Dekadence, aber keine Fortschritte. Und auch auf diese sieben Bilder trifft es zu: es gibt kaum ein Stück, das so typisch wäre für den heutigen Geisteszustand der Bourgeoisie, wie gerade dieses. Darauf könnte die Antwort erfolgen, daß es ein Verdienst des Dichters sei, diesen Zustand wiederzugeben, da er doch aktuell ist. Aber es ist nicht sein Verdienst, sondern seine historische Gebundenheit, die trotz lichtvoller Punkte von Selbstironisierung keinen Ausweg als die Phrase von der Unsterblichkeit kennt. Man möge dies alles nicht wörtlich nehmen? Wir wollen es aber wörtlich, wir wollen den Autor beim Wort nehmen! Sein Wunsch geht nach der Entdeckung des Ostpols, seine Sehnsucht heißt: Wenn ich nicht Arnolt Bronnen wäre, möchte ich wohl Alexander sein. Aber da noch nicht erfunden ist, was ihn entehrt, sucht er die Analogie seines Bewußtseins in jenem Alexander, der den gordischen Knoten zerhieb und ihn dadurch unlösbar machte und in einem Mitglied der Ullsteinischen Mount-Everest-Expedition, das sich 9000 Meter über dem Meeresspiegel für die „Berliner Illustrierte Zeitung" photographieren zu lassen kontraktlich verpflichtet hat und dadurch das Problem des Ostpols interessant, aber auf ewig unlösbar macht. So wäre das nicht gewesen? Wer will leugnen, daß es auf den Namen der Expeditionsfirma nicht ankommt und auf die Art, wie die staunende Mitwelt vom „Triumph des Möglichen" Kunde bekommt?

*

Aber wir haben nicht nötig, snobistisch zu sein: das erste Bild dieses Schauspiels ist wesentlich und schön. Es ist die Geschichte vom uralten Kampf des Sohnes, des Jungen, des Erneuernden gegen den Vater, das Alte, die gewaltsüchtige Autorität, die Reaktion. Alexander sagt von seinem Vater, er habe nie von Persien gehört. So ist das heute noch. In diesem Bild hätte kein Wort gestrichen sein dürfen. Hier ist die Angst des Zwanzigjährigen vor dem Vater, von dem er Vernichtung fürchtet, dann die Angst, nutzlos neben der Ueberlegenheit des stärkeren Vaters leben zu müssen, die Angst, daß der Vater das Opfer des Mörders werden würde und dem Sohn die ganze Verantwortung zufiele, der heldenhafte Großmut, den Vater retten zu wollen. Aber der unterbewußte Wunsch nach dem Tode des Mächtigeren lähmt die überkompensierte Rettergeste, und dieser Wunsch führt das Schwert des Unbekannten. Der Vater stirbt. Alexander ist Herrscher. Und nun nimmt die Geschichte weiter ihren Freud'schen Verlauf. Er verteidigt sich, wie sich früher der Vater verteidigt haben mochte, nur daß die Gefahr für ihn gehäufter ist, nicht nur in Menschen, sondern in Naturkräften und Zivilisationserrungenschaften besteht, und er wird immer einsamer, und er hat gesiegt, aber um ihn liegen die Leichen seiner Freunde. Da beginnt er, aus Angst, zwei Jahrtausende von der Erdoberfläche zu reden. Und es ist nicht mehr auszuhalten.

*

Aber das erste Bild ist schön. Es hat eine Sprache: „Sie schreien auf allen Straßen, flaggen auf allen Schiffen, singen aus allen Fenstern. Nur hier ist Stille." Da hätte nicht gestrichen werden dürfen. Wenn Alexander aber König geworden ist, worauf es ihm, zeitgemäß, in keiner Weise mehr ankommt, behauptet er: „Mit Objektiv und Universalfüllfederhalter, auch als Trillerpfeife benützbar, drehte ich, sechzehnjährig, die Sommeschlacht, achtzehnjährig allen Methoden den Rücken" — und gleichzeitig der Sprache die Gurgel ab. Von da an interessieren diese Einsamkeiten keine Seele und locken keine Kuh hinterm Lautsprecher vor.

*

Es geht in diesem Stück weder um das Plus oder Minus der Projektionskulisse, noch um die Spannweite von Kortners Darstellungskunst. Er hat die wichtigste Eigenschaft, er ist ein bewußter Schauspieler. Daß er das Stück mit heftigster Kälte nicht wirklich zerlegen konnte, dürfte nur der Schlußpunkt in der Beweisaufnahme gegen Bronnen sein.

Olf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260602-18/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Traurige Fürsten

Am 10. September 1925 ließ sich der Prinz v. Hohenlohe mit einem der Firma Hauch & v. Dommitz aus Breslau gehörenden Kraftwagen durch Halle fahren. In der Berliner Straße wurde der fünfjährige Sohn des Arbeiters W. aus Halle von dem Auto angefahren, so daß der Junge einen Oberschenkelbruch erlitt. Der Prinz ließ den Jungen in die Klinik fahren, wo der Prinz dem Arzt Dr. Lässer und der Schwester Hüttmann erklärte, daß er für die Kosten aufkommen wolle, und daß er „so noch etwas" für den Jungen tun wolle. Als der Prinz Ende April 1926 noch nichts in der Sache getan hatte, erinnerte ihn der Arbeiter W. an sein Versprechen. W. glaubte, daß so ein Prinz doch viel Geld haben müsse und forderte außer den Behandlungskosten einen Beitrag von 500 Reichsmark für Schmerzensgeld und eventuell später eintretende oder nachbleibende Schädigung des Jungen. Darauf erhielt W. als Antwort folgenden Trauerbrief:

Fürstlich
Hohenlohe-Oehringen'sche
Hauptverwaltung

Berlin NW 7, den 26. Mai 1926
Unter den Linden 54/55

Herrn
Invaliden Franz W....,
Halle a/S.
Kruckenbergstraße 23

Sehr geehrter Herr W....!

Auf Ihr an den Prinzen August zu Hohenlohe gerichtetes Schreiben vom 24. April d. J. teile ich Ihnen mit, daß nach Lage der Dinge irgendein Rechtsanspruch oder auch nur ein menschlicher Anspruch auf Schmerzensgeld nicht in Frage kommen kann. Dagegen hat der Prinz aus menschlichen Gründen die Kur- und Verpflegungskosten in Höhe von M. 325,80 an die Universitätsklinik in Halle bereits abgeführt.

Hochachtungsvoll
(Stempel und Unterschrift)

Hallische Arbeiter, quittiert diese Unverschämtheit! Nun erst recht: Keinen Pfennig den Fürsten!

Mobilisierung der roten Front für den Volksentscheid!

Dem Massendruck der 12½ Millionen beim Volksbegehren aufgebrachten Stimmen folgend, hat die Regierung, der Not gehorchend, den 20. Juni als Tag des **Volksentscheids** festgesetzt. An diesem Tage werden die Werktätigen in Stadt und Land beweisen müssen, ob sie aus der Vergangenheit und Gegenwart gelernt haben, um die Zukunft zu begreifen. Begriffen muß man haben, daß es nicht nur um die 2½ bis 3 Milliarden materielle Forderungen der Fürsten geht, die dem arbeitenden Volke als neue Bürde auferlegt werden, sondern es geht lediglich um die Machtfrage. Die Monarchisten rüsten seit 1918 zum Bürgerkrieg. Wenn auch der abgeschlagene Kapp-Putsch dem Angriffsmut der Monarchisten einen starken Dämpfer aufsetzte, so kann man heute feststellen, daß die organisatorischen Vorbereitungen mit den monarchistischen Staatsstreichern bis in die höchsten Spitzen der Kabinette durchgeführt sind. Die Osterfahrt der Schweifwedler nach Doorn liegt auf dieser Linie. Wie einst Bonaparte auf Korsika sprach, spricht heute Wilhelm in Doorn: „Mein Adler wird von Turm zu Turm fliegen und sich in Berlin niederlassen." Das deutsche Volk hat genug von den herrlichen Zeiten der Hohenzollern und wird am 20. Juni die Ratifizierung der Abdankungsurkunde durch die Abstimmung für die entschädigungslose Enteignung der Kaiser, Könige und Fürsten vollziehen. Die Bourgeoisie und ihre Lakaien wittern Morgenluft. Ungeheure Geldsummen werden bereit gestellt, die Pressemeute wird mobilisiert, Aktionsausschüsse werden gebildet, um den Volksentscheid zu Fall zu bringen.

Die Vergangenheit hat bewiesen, daß die **Kampfkraft der Arbeiterklasse ungebrochen** ist. An der Spitze des Kampfes wird die **rote Front** marschieren. Sie wird sich dem Einheitskomitee, den Parteien, die den Kampf des Volksentscheides führen, restlos zur Verfügung stellen. **Alle vor Bekanntwerden des Wahltages angesetzten Veranstaltungen unserer Ortsgruppen fallen zugunsten der Agitation für den Volksentscheid aus.** Alle Kraft wird konzentriert auf den politisch wichtigsten Punkt. An den für **Sonntag, den 6. Juni** im Gau Halle-Merseburg generell angesetzten **Sammlungen für den Volksentscheid** beteiligen sich alle Kameraden. **Vorherige Demonstrationen mit Spielmannszügen** müssen vorbildliche Arbeit leisten, um dann in der **Hausagitation nachzustoßen. Der 13. Juni** wird ebenfalls für **Demonstrationen und vorbereitende Arbeiten** benutzt. Jeder Landort muß von uns systematisch bearbeitet werden. Am Wahltage selbst wird die gesamte Organisation ihre allergrößte Kraft entfalten, um die Anschläge der Reaktion und ihres faschistischen Anhanges gegen den Volksentscheid zu vernichten.

Kameraden! Erkennt den Ernst der Stunde! Zeigt, daß Ihr Willen und Kraft besitzt, den Sieg an unsere Fahnen zu heften! In diesem Sinne an die Arbeit!

Mit Rot Front! RFB. Gau Halle-Merseburg.

Aufgaben der Kommunen zum Volksentscheid

Unsere Kommunalfraktionen haben beim Volksbegehren in vielen Orten eine emsige Tätigkeit entfaltet und somit das Volksbegehren günstig beeinflußt. Dasselbe muß beim Volksentscheid in noch verstärkterem Maße Platz greifen. Allerdings tritt beim Volksentscheid die Reichsstimmordnung (d. h. dieselben Bestimmungen, die bei einer Reichstagswahl maßgebend sind), in Kraft. Dessenungeachtet muß versucht werden, auch hier entscheidend einzugreifen. Die Kommunen können eine ausschlaggebende Rolle spielen, wenn unsere Fraktionen aktiv und planmäßig mit der Parteiorganisation zusammenarbeiten. Zu diesem Zwecke machen wir folgende Vorschläge:

1. Bei der Hindenburg-Wahl war zu beobachten, daß in vielen Fällen die Wähler sich in langen Schlangen anstellen mußten. Aus diesem Grunde muß gefordert werden, je nach den örtlichen Verhältnissen,

die bei der letzten Reichstags- und Reichspräsidentenwahl vorgesehenen Stimmbezirke zu vermehren.

2. In allen Fällen muß dafür gesorgt werden, daß in den Wahlvorständen [illegible] Stimmbezirke der Orts- und Kreiswahlvorstände unsere Ge[illegible]als Beisitzer vertreten sind.

3. Bei der Hindenburg-Wahl hatte sich gezeigt, daß sehr viele Frauen für Hindenburg gestimmt haben, so daß tatsächlich Hindenburg von den Frauen gewählt wurde. Um einen Ueberblick über die politische Entwicklung, resp. die Stellungnahme zur Fürstenenteignung zu bekommen, muß in allen Orten **getrennte Stimmabgabe zwischen Männern und Frauen gefordert werden.**

4. Es sind Anträge zu stellen, daß die Kommune einen **Aufruf an die Bevölkerung** erläßt, in dem zur **Abstimmung für die Enteignung aufgefordert** wird. Dabei muß Plakatierung dieses Aufrufes durch die Kommune verlangt werden.

5. In den Kommunen, die durch eine evtl. Fürstenabfindung betroffen werden, in denen also Schlösser, Güter oder Forsten der früheren Fürstenhäuser liegen, sind Anträge zu stellen, die die Kommune auffordern, diese Tatsache der ganzen Bevölkerung bekanntzugeben, mit der Aufforderung, für die Enteignung zu stimmen.

6. Um die Agitation des Reichsausschusses für Fürstenenteignung (Dr. Kuczynski), Berlin W, Wilhelmstraße 48, Postscheck-Konto Berlin 63 080, Dr. Kuczynski, wirksam zu unterstützen, sind Anträge auf **Abführung eines Beitrages an diesen Reichsausschuß** zu stellen.

7. **Einberufung öffentlicher Einwohnerversammlungen zur Unterstützung des Volksentscheids durch die Kommune ist zu beantragen.**

8. Die gefaßten Beschlüsse sind **in allen Zeitungen am Orte zu veröffentlichen** und bezirksweise zusammengestellt der Abteilung Parlament des ZK. zuzustellen.

*

Die Aufgabe, die die Kommunalfraktionen haben, besteht darin, daß sie mit dazu beitragen, damit die **ganze werktätige Bevölkerung für die Enteignungsabstimmung mobilisiert wird.**

Anträge des Allgemeinen Konsumvereins Halle an den 23. Genossenschaftstag in München

Kampf gegen die Teuerung

Der 23. Genossenschaftstag des ZdK. in München stellt fest, daß der Vorstand des ZdK. bei der „Preisabbau-Aktion" der Luther-Regierung vollständig versagt hat. Der ZdK. ist mit verantwortlich dafür, daß der werktätigen Bevölkerung statt erträglicheren Preisen nur papierne Versprechungen gegeben wurden. Statt gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Arbeiterparteien die gesamte, unter der Teuerung leidende Bevölkerung zu einheitlichem Kampf zu mobilisieren, zog der Vorstand des ZdK. es vor, seine „Maßnahmen" zur „Preisabbauaktion" darin zu beenden, daß er in einigen inhaltslosen Besprechungen mit den Vertretern der Luther-Regierung sich bestätigen ließ, daß die Konsumvereine an sich schon „preisregulierend" wirkten. In Wirklichkeit hat damit der Vorstand des ZdK. den tatsächlichen Inhalt der „Preisabbauaktion" der Luther-Regierung, das bewußt und groß angelegte Täuschungsmanöver zur Beruhigung der hungernden Massen unterstützt.

Der Genossenschaftstag des ZdK. stellt dem gegenüber fest, daß der Kampf gegen die Teuerung hauptsächlich in einem Kampf gegen die Kartelle und Trusts bestehen muß. Auch die Genossenschaftsbewegung hat die Verpflichtung, die gesamte Arbeiterschaft im Kampf gegen die Teuerung für folgende Hauptlosungen zu mobilisieren:

1. Unterstützung des Kampfes der Gewerkschaften für höhere Löhne und Zurückeroberung des Achtstundentages, Gewährung von materieller Unterstützung an die Kämpfenden, Kreditierung der wichtigsten Lebensmittel in der Kampfzeit;
2. Kampf für sofortige Beseitigung der Lebensmittel- und Industriezölle;
3. Kampf für Zwangsmaßnahmen gegen die Verteuerung durch die Kartelle und den Großhandel;
4. Kampf für Befreiung der Konsumvereine von der Umsatzsteuer, Gewerbesteuer und jeder anderen steuerlichen Belastung und für die Gewährung von langfristigen, zinslosen Krediten von Reich, Staat und Gemeinden;
5. Verbindung der Konsumvereine mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften, vor allem mit den Kleinbauerngenossenschaften zum direkten Warenaustausch zwischen Stadt und Land.

Die Verwaltung.

Frauen und Genossenschaften

Der 23. Genossenschaftstag des ZdK. in München stellt fest, daß die Frau in der Genossenschaftsbewegung ein sehr wichtiger Faktor ist, zumal in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft, wo die Frau als die Leiterin des Einzelhaushaltes enge praktische Beziehungen mit den Genossenschaftsverteilungsstellen unterhalten muß. Die Genossenschaftsinstanzen haben bisher nur ganz unzulängliche Maßnahmen ergriffen, um die Frau aus der Sphäre der Nur-Käuferin herauszuziehen und haben ihr nicht die Möglichkeit gegeben, durch praktische Mitarbeit sich zur Genossenschafterin heranzubilden. Im Kampfe gegen das private Kapital sind aber gerade die Frauen in der Genossenschaftsbewegung ein äußerst wichtiger Faktor.

Die bisherigen Richtlinien des ZdK. finden sich mit der Sklavenrolle der Frau in der bürgerlichen Gesellschaft ab und unterdrücken geradezu die Quellen zur wirtschaftlichen und politischen Befreiung der Frau. Der Genossenschaftstag hält es an der Zeit, daß deshalb beim Vorstand des ZdK. umgehend für die gesamte Frauenarbeit ein Frauenreichssekretariat geschaffen wird. Dieses Sekretariat hat die Aufgabe, besonders für die Einführung die Frauen interessierender neuer Betriebszweige (Wäschereien, Schuhbesohlanstalten, Kindertagesheime, Speiseanstalten usw.) zu sorgen, darüber hinaus aber die Frau auch zur aktiven Teilnahme an der Genossenschaftsarbeit heranzuziehen. Dazu ist besonders notwendig:

1. Frauen sind als Mitglieder der Vorstandsleitungen, der Aufsichtsräte, der Revisionskommissionen, als Vertreter für Generalversammlungen, sowie andere gewählte Genossenschaftsorgane heranzuziehen.

2. Um die Frau für die Praxis und Theorie des Genossenschaftswesens zu gewinnen, sind dieselben zur Teilnahme an Zirkeln, Kursen und Schule heranzuziehen.

3. Alle Konsumvereine müssen Frauenkommissionen einsetzen, die unter den Frauen eine Propaganda- und Aufklärungsarbeit leisten.

Die Verwaltung.

Die Christlichen rüsten

Wie die „Hallesche Zeitung" und die „Allgemeine Zeitung" berichten, findet heute abend für alle Wähler, Kandidaten und Vertrauensleute der christlich-„unpolitischen" Elternbeiratsinteressenten eine Versammlung statt. Diese wird natürlich in einem christlichen Gemeindehaus, und zwar in St. Georgen (neben der Glaucharer Kirche), abgehalten.

Arbeiteretern, erkennt die Gefahr dieser Bürgerlichen für Eure Kinder! Beteiligt Euch am 13. Juni restlos an der Elternbeiratswahl und stimmt geschlossen für die Liste:

Gegen Schulreaktion — für Schulfortschritt!

4. Sommerkonzert im Volkspark

Ein gutes Programm und ein ebenso guter Besuch kennzeichneten den gestrigen Abend, welcher als Internationaler Opernabend gedacht war. Aus dem reichhaltigen Programm sei nur einiges hervorgehoben: Tonbilder aus der Oper „Tiefland" von Eugen D'Albert, die Ouvertüre zur Oper „Fra Diavolo" von D. Fr. E. Auber, sowie die Phantasie aus der Oper „Tosca" von Puccini zeugten von gutem Können der Kapelle unter der bewährten Leitung des Herrn Kapellmeister Schütze von Leipzig. Ungeteilten Beifall errangen auch Verdis Hymne und Triumphmarsch aus der Oper „Aida" und die Ouvertüre zur Oper „Maritana" von W. Walace. Der Toreromarsch aus der Oper „Carmen" beschloß den wirklich genußreichen Konzertabend.

Nur einem Uebelstand müßte künftig noch abgeholfen werden, und das ist wohl der Wunsch aller Besucher, daß der störende Lärm am Büfett durch den Ausschank und das damit verbundene Drücken der Kasse etwas gedämpfter vor sich ginge.

Hallische Tageschronik

Resolution

Die am 1. Juni 1926 bei Freundlieb stattfindende Bezirksversammlung des RFB. nahm folgende Resolution an:

Von der Staatsanwaltschaft wird verlangt, den Mörder des Genossen Wittstock, den Hilfspolizeiwachtmeister Redde aus Dölau, sofort zu verhaften und ihn der richterlichen Aburteilung zuzuführen.

Zulassung zur Hufbeschlagsprüfung

Während einer Uebergangszeit von drei Jahren können auch Schmiedegesellen, die an einem Ausbildungskursus in einer Lehrschmiede nicht teilgenommen haben, ausnahmsweise zur Hufbeschlagprüfung zugelassen werden. Es interessiert das namentlich ältere Schmiedegesellen, und zwar um so mehr, als die Uebergangszeit mit dem 15. Dezember 1926 ihr Ende erreicht und nach den gesetzlichen Vorschriften Personen, die das Hufbeschlaggewerbe ausüben, im Besitz eines entsprechenden Prüfungszeugnisses sein müssen.

*** An alle Mitglieder des RFMB.** Am Freitag, dem 4. Juni, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark", Kolonnade, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in der über unsere Aufgaben während der Kampagne zum Volksentscheid gesprochen wird. Als Referentin erscheint die Genossin Therese Völker von der Bundesleitung. Das Erscheinen aller Genossinnen ist unbedingt Pflicht. Den Kassiererinnen der Werbebezirke teilen wir hierdurch mit, daß soeben von der Bundesleitung Beitragsmarken eingetroffen sind. Diese Marken können am Donnerstag in der Sprechstunde entgegengenommen werden.

Die Leitung.

*** Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit.** Am Sonntag, dem 6. Juni, findet im Etablissement „Lindenhof" (Cröllwitz) unser Sommerfest, verbunden mit Preiskegeln, Preisschießen, Lampionumzug, statt. Geschente für jung und alt sind im reichlichen Maße vorhanden, auch ist für Belustigungen bestens gesorgt. „Ein Ochse wird am Spieß gebraten."

Völlberg

Heute, Mittwoch, den 2. Juni, abends 8 Uhr, findet im Lokal Rauschenbach öffentliche Kundgebung statt: „Amnestie und Volksentscheid". Es spricht die Frau des Genossen Max Hoelz und ein Referent der BL. der KPD. Arbeiter, erscheint in Massen!

Ammendorf

Alle Genossinnen des RFMB. treffen sich am Freitag, dem 4. Juni, abends 6½ Uhr, an der Schachtstraße zur geschlossenen Teilnahme an der Mitgliederversammlung des RFMB. in Halle, „Volkspark". Die Genossin Therese Völker von der Bundesleitung wird über unsere Arbeit zum Volksentscheid ein Referat halten. Die Genossinnen werden ersucht, möglichst zahlreich zu erscheinen.

Die Gauleitung Halle-Merseburg.

Ammendorf

Die Frau des Genossen Max Hoelz sprach am 1. Juni, abends 8 Uhr, in einer großen Massenkundgebung der Ammendorfer Arbeiterschaft, in der weit über 1000 Personen erschienen waren. Ihre Ausführungen fanden den lebhaftesten Beifall. In einer Entschließung wurde die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Max Hoelz als auch der Verfahren, an denen Jürgens mitgewirkt hatte, gefordert. Darüber hinaus verlangen die Ammendorfer Arbeiter die Generalamnestie für alle linkspolitischen Gefangenen. (Näherer Bericht folgt morgen im „Golgatha".)

An alle Ortsgruppen des Bezirks

Laut Arbeitsplan beginnt am 6. Juni die Kampagne für Oeffentliche Versammlungen zum Volksentscheid.

Jede Ortsgruppe muß mindestens 5 Tage zuvor die Versammlung bei der AfA.-Leitung unter Angabe von Lokal und Zeit anmelden. Der Saalkreis meldet direkt bei der BL. Die frühe Meldung gewährleistet die Gestellung von Referenten.

BL. Halle-Merseburg. Org.-Abtlg.

Arbeitskalender für die Partei

Heute finden überall **Sitzungen der Zellengruppenleitungen** statt, um die für morgen angesetzten Betriebs- und Straßenzellen-Versammlungen vorzubereiten. Dazu müssen die Referenten für die einzelnen Zellen (von der Orts- und von der Zellengruppenleitung) und ein genauer Plan für die Kampagne aufgestellt werden. In diesen gehören Vorschläge für Belegschaftsversammlungen in den wichtigsten Betrieben, damit am Donnerstag von den Zellen gleich Stellung genommen und ein bestimmter Tag festgelegt werden kann. Die wichtigsten zu bearbeitenden Betriebe, die Materialbelegung (Plakate, Klebezettel usw.) der wichtigsten Straßenecken oder Häuser, die Verteilung des Materials, insbesondere auch der Sammellisten für Betriebs- und Haussammlungen, auf die einzelnen Zellen, Zusammenstellung von Kolonnen, die am 13. Juni aufs Land hinausgehen, von Kommissionen, die für den Zellenbereich Transparente anfertigen, stehen in den heutigen Leitungssitzungen auf der Tagesordnung.

Notwendig ist ferner, zugleich die organisatorische Grundlage der einzelnen Zellengruppen zu festigen; dazu macht die Zellenleitung eine Aufstellung der Pol.-Org., Gewerkschafts- und Agitpropleiter, sowie Kassierer ihrer Betriebs- und Straßenzellen und gibt, wo Lücken sind, Anweisung, daß diese unbedingt in den Donnerstag-Sitzungen ausgefüllt werden

Jeder Genosse, jede Genossin muß sich klar sein darüber, daß ohne organisatorisches Fundament die eifrigste Arbeit eines Einzelnen nicht den Erfolg bringt, der notwendig ist, und daß schon jetzt mit der Vorarbeit für die öffentlichen Versammlungen und Demonstrationen zu beginnen ist.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Jugendgenossen! Als Eugen Leviné Ende Mai 1919 vor weißen Richtern stand sagte er in seiner Verteidigungsrede: Kommunisten sind alle Tote auf Urlaub. Dessen bin ich mir bewußt. Ich weiß nicht, ob sie mir meinen Urlaubsschein verlängern werden oder ob ich einrücken werde zu Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg." Am 5. Juni 1919 wurde Egen Leviné erschossen. Genossen! Zum Andenken an den Genossen Egen Levine, den Führer der bayrischen Räterepublik veranstalten wir am Freitag, dem 4. Juni 1926, abends ½8 Uhr, in der Jugendherberge eine

Levinés-Feier,

an der sich, wie wir hoffen, unsere gesamte Mitgliedschaft beteiligen wird.

Ortsleitung des KJVD.

An alle Ortsgruppen des KJVD.

Die Fragebogen müssen jetzt unbedingt von allen Ortsgruppen eingesandt werden. Auch die Abrechnung an die BL. muß sofort erfolgen. Wir werden die säumigen Ortsgruppen öffentlich mahnen, wenn sie die Notwendigkeit pünktlicher Berichterstattung und Abrechnung nicht einsehen!

BL. des KJVD. Halle-Merseburg.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S., Merchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260602-18/fragment/page=0005

Arbeiter-Sport

Zum Reichsarbeitersporttag am 6. Juni

Der Reichsarbeitersporttag am 6. Juni soll nicht nur ein gewaltiger Aufmarsch der Arbeitersportler werden, sondern auch vor allem eine große Kundgebung der gesamten arbeitenden Bevölkerung, eine machtvolle Demonstration für die Einheitsfront des Proletariats. Auch in diesem Jahre soll die Heerschau am Reichsarbeitersporttag einen wuchtigen Markstein in der Geschichte des Arbeitersports bilden. Schon ein grober Umriß der Veranstaltungen zeigt, daß etwas geboten wird, wie in noch keinem Jahre.

Am **Freitag, dem 4. Juni,** findet abends im „Volkspark" ein **Lichtbilder-Vortrag der „Naturfreunde"** als Einleitung der Veranstaltungen statt.

Sonnabend, dem 5. Juni, abends ½7 Uhr, finden an der Genzmer-Brücke **Wassersport-Veranstaltungen der Schwimmer** statt, wie Brückenspringen, Rettungsversuche, Schauschwimmen. Als Abschluß des Abends ist ein **Städte-Wasserballspiel** gedacht: **Magdeburg — Halle.** Gerade dieses Spiel wird eine große Anziehungskraft haben. Ein interessanter Abend steht uns bevor.

Der **Haupt-Festtag** ist der **6. Juni.** Früh 8 Uhr gehen die Leichtathleten an den Start und treffen sich in den Vorwettkämpfen, um am Nachmittag bei der Entscheidung mit zu sein.

Hier gibt es sehr interessante Kämpfe zu sehen und sehr große Starts. Haben doch über 200 Teilnehmer über 350 Nennungen abgegeben.

Mittags ½1 Uhr bewegt sich der **Festzug** vom Roßplatz nach dem Stadion. ½3 Uhr finden auf dem Stadion die **sportlichen Wettkämpfe und Aufführungen** statt, wie Massenfreiübungen des Turn- und Sportvereins „Fichte", Massenreigen der Radfahrer. Radballspiel Leipzig-Halle usw. Als etwas Neues und Abwechslungsreiches findet ein 10-Kilometer-Radrennen der Radfahrer statt. Dann folgen Gewichtheben und Boxen der Athleten, Reigen und Spiele der Naturfreunde, Pyramiden des Turn- und Sportvereins „Fichte" Ringerfreiübungen der Athleten, Handballspiel usw. Den Abschluß bildet das Fußballspiel Teutonia — Fichte.

In den Pausen und Zeitabschnitten finden die leichtathletischen Entscheidungskämpfe ihre Erledigung. Auch für den Schachfreund ist Sorge getragen in Form von Simultankämpfen. Für die Kegler-Interessenten finden im „Volkspark" ab 4 Uhr nachmittags Wettkämpfe statt.

Dieser kurze Ueberblick über die Veranstaltungen zeigt, daß jeder Besucher, jeder Zuschauer auf seine Rechnung kommt. Spannende, abwechslungsreiche Kämpfe sind zu sehen. Deshalb muß die **gesamte arbeitende Bevölkerung Anteil nehmen an dem Reichssporttag der Arbeitersportler.** Der 6. Juni steht im Zeichen des Arbeitersports!

Sitzung des Sportkartells Halle

Nach Erledigung interner Angelegenheiten gab der Vorsitzende Genosse Oertel die Eingänge bekannt. Der **Boxklub „International" und „Kanuverein 26, Halle"** werden in das Kartell aufgenommen. Sodann wurde ein Rundschreiben der ZK. verlesen betr. das Jahrbuch. Der **Ortsausschuß für Jugendpflege** ladet zu Lehrgängen ein. Beihilfen sind zur Verfügung gestellt.

Die Rote Hilfe veranstaltet am 11. Juni im „Volkspark" eine **Massenkundgebung für die politischen Gefangenen.** Vom Kartell wird hierzu ein entsprechender Aufruf beschlossen.

Die **Ortskartelle Döllnitz, Passendorf und Nietleben** beteiligen sich am **Reichsarbeitersporttag in Halle.** Wir begrüßen diesen Entschluß.

Die **„Arbeiter-Illustrierte"** bringt zum Sporttag eine **Sportausgabe.** Das Kartell ist mit dem Vertrieb einverstanden.

Ein Gesuch um Stundung der Beiträge wird dem Vorstand überwiesen.

Der Aufmarschplan zum R.-A.-Sporttag

ist polizeilich genehmigt. Abmarsch ¾1 Uhr vom Roßplatz durch Lessingstr., Ludwig-Wucherer-Straße, Heinrichstr., Georgstr., Harz, Alte Promenade, Poststr., Neue Promenade, Steinweg, Torstr., Köpziger Straße nach dem Stadion. Abends Rückmarsch Böllberger Weg, Glauchaer Straße, Robert-Franz-Straße, Neuwerk, Burgstr. nach dem „Volkspark". Die einzelnen Vereine treffen sich in ihren Standlokalen und müssen ½1 Uhr auf dem Roßplatz eintreffen.

Treffpunkte sind: **Fichte, Radfahrer** und **Kegler** (im „Volkspark"), **Atlas und Othello** (Merseburger Straße), **Germania-Felsenfest** (Charlottenstraße), **Boxklub** (Richard-Wagner-Straße), **Sportverein Cröllwitz** („Lindenhof"), **Kanuverein** (Ludwigstr.), **Achilles** (Sandanger), **Viktoria** (Mansfelderstr.), **Minerva** (Böllberger Weg), **Giebichenstein** (Körnerstraße), **Sportlust** (Böckestr.), **Sportklub 09** (Triftstr.), **Adler** (Schulstr.), **Naturfreunde** (Linde auf dem Hospitalplatz).

Nach langer Diskussion fand ein Antrag Pezold einstimmige Annahme, wonach die

Aufstellung zum Umzug

unter Berücksichtigung der Musik-Kapellen folgende ist:
Radfahrer, Athletenvereine, Boxer, Schach, Othello, Esperando, Fußballvereine, Schwimmer, Kanu, Naturfreunde, Kegler, Gastkartelle und zum Schluß der Sportverein Fichte.

Das Handballspiel tragen **Sportlust — Othello** aus. Ferner findet nach den leichtathletischen Wettkämpfen ein 10-Kilometer-Radrennen statt (Halle — Döllnitz).

Im Verschiedenen wird für den ausgeschiedenen Revisor Dietrich Sportgenosse **O. Bandermann** (ASC.) gewählt. Zu der nächsten Arbeitsgemeinschaftssitzung werden unsere Vertreter Anträge stellen (Trainingsabende usw.). Es wurde Beschwerde geführt über unseren Bezirksjugendpfleger Studienrat Hemprich. Der Fachbeirat hat getagt, die Arbeitersportvertreter sind nicht eingeladen. Das Sportkartell wird bei den zuständigen Stellen Beschwerde einreichen.

P.

Achtung! Reichs-Arbeiter-Sporttag.

Den Vereinen zur Kenntnis, daß alle leichathletischen Vorwettkämpfe früh um 8 Uhr beginnen (außer 5000-Meter- und 1500-Meter-Laufen).

Die Vereinsleitungen wollen Sorge tragen für pünktliches Erscheinen. Da über 200 Teilnehmer mit 350 Meldungen vorliegen, so sind in allen Kämpfen Vorwettkämpfe erforderlich. Die Entscheidungen finden nachmittags statt. An Kampfrichtern haben sich früh 7 Uhr zu melden: 5 Athleten, 5 Fußballer, 3 Turner, 3 Schwimmer mit Stoppuhren.

Arbeitersportler!

Rüstet zum Volksentscheid am 20. Juni!

Alle Geräte der ausführenden Vereine sind bis Sonnabend im Stadion abzuliefern. Gleichzeitig haben Sonnabend, den 5. Juni, 8 Uhr, nach der Schwimmerveranstaltung, alle technischen Leiter der Sparten und Vereine, welche Aufführungen am Sonntag machen, bestimmt zu erscheinen zwecks Platzeinteilung im Stadion.

Im Festzuge selbst hat jeder Verein für eine peinliche Marschordnung im Interesse aller Sorge zu tragen. Ordner im Zuge stellt jeder Verein selbst, den Anordnungen der Leiter und Ordner ist Folge zu leisten im Zuge und auf dem Platze.

Die techn. Leitung. J. A.: Eurich.

Sport- und Kultur-Kartell Weißenfels

Reichs-Arbeiter-Sportwoche vom 5. bis 12 Juni

Allen Vereinen, welche dem Weißenfelser Sportkartell bzw. dem Kreis-Sportkartell angeschlossen sind, zur Kenntnis, daß die große Stafette „Quer durch Weißenfels" abgeändert werden muß, da verschiedene Strecken der vorgesehenen Stafette unpassierbar sind. Nachstehende Straßen werden durchlaufen bzw. gefahren, sowie Teile der Saale durchschwommen, oder durch Paddelboot durchquert. Start und Ziel ist Rosalskyweg; Beuditz Straße, Kämmereihölzchen, Kirschweg, durch Beuditz bis unterhalb der Beuditzerle, hier durch die Saale, auf dem anderen Ufer (Markwerbener Wiesen) geht es zurück, Marienmühle, Beiers Schwimmbad, Freibad, unterhalb des Freibades durch die Saale nach dem Strandbad, am Schleusen-Weg geht es weiter Kalkbrennerei, nach der Eisengießerei. Große Deichstraße, Leopold-Kell-Straße, Durchbruch (am Ring), Saalstraße, Klosterstraße, Leipziger Straße bis Bootsplatz. Naturfreunde, hier über die Saale nach der Badeallee, nach der alten Brücke, wird gelaufen, wieder durch die Saale, Dammstraße, Saalstraße nach dem Rosalskyweg. Es kommen zu dieser Strecke drei Radfahrer, drei Schwimmer, ein Paddelboot und 12 Läufer in Frage. Die Läufe sind folgendermaßen eingeteilt in 800, 300, 400, 400, 400, 300, 200, 200, 100, 100, 100, 100 Meter.

Zwecks Besprechung über die Aufstellung der Stafette werden alle technischen Leiter der Vereine für Donnerstag, abends 7 Uhr, eingeladen nach dem Sportplatz Meilenstein.

Es wird erwartet, daß jeder Verein eine Stafette stellt. Dieser Lauf soll ein großer Propaganda-Lauf werden. Es soll kein Rekord aufgestellt, sondern soll der Zweck unseres Volkssports an die Oeffentlichkeit gebracht werden, um auch neue Mitglieder für unseren Arbeiter-Sport zu gewinnen.

Fußball

Nach schönem, fairen Spiel konnte Sportbrüder 1. Teutonia 1. 1:0 schlagen. Halbzeit 0:0.

Gesellschaftsspiele am Freitag, dem 4. Juni.

„Fichte"-Platz. ½7 Uhr: Fichte 2. Jgd. — Minerva 2. Jgd. (Vikt.)
Sandanger. ½7 Uhr: Viktoria 1. — Minerva 1. (Hermig, Wörmlitz.)
Peißnitz. ½7 Uhr: Giebichenstein 1. — Cröllwitz 1. (Schrödter, Trotha.)

Giebichenstein 1. — Cröllwitz 1.

stehen sich am Freitag, dem 4. Juni, abends ½7 Uhr, im Freundschaftsspiel auf der Peißnitz gegenüber. Die Spielstärke von C. ist hinreichend bekannt, das bewiesen die Siege der letzten Zeit. Außerdem steht C. an erster Stelle in seiner Gruppe. G. ist ein sehr gefährlicher Gegner, spielt einen vorzüglichen Ball und ist sehr flink und eifrig im Spiel, im letzten Serienspiel unterlag G. gegen C. nur 3:1. G. steht gleich hinter C. in seiner Gruppe an zweiter Stelle. Beide Mannschaften treten am Freitag mit stärkster Mannschaft an. Daher ist ein sehr spannendes Spiel zu erwarten, bei welchem die hoffentlich recht zahlreichen Zuschauer voll und ganz zufriedengestellt werden können. Darum muß es heißen bei den herrlichen Sommerabenden: Auf, zur Peißnitz!

Sonntag, den 6. Juni, in Dölau. ½2 Uhr: Fortuna Jgd. — Bernburg Jgd. (Askania). 3 Uhr: Fortuna 2. — Bernburg 2. (Lettin). ½5 Uhr: Fortuna 1. gegen Bernburg 1. (Hunold, Cröllwitz.)

Freitag, den 4. Juni, abends ½7 Uhr auf der Peißnitz

Giebichenstein 1. — Kröllwitz 1.

Das Fußball-Ereignis des Tages

Handball

Verbindlich. Mittwoch, den 2. Juni, ½8 Uhr abends, im „Volkspark": **Börse.** Anläßlich des Volksentscheids am 20. Juni ist **Spielverbot für den ganzen Tag.** Die Sportgenossen werden ersucht, sich an diesem Tage den Parteien zur Verfügung zu stellen. Am 22. August 1926 ist Spielverbot betreffs stattfindenden **Gruppensportfestes in Ammendorf.** Die Vereine sind verpflichtet, sich an der Veranstaltung zu beteiligen. Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß außer den Geschäftsstunden Montags von 6 bis 9 Uhr beim Sportgenossen A. Mosebach, Freiimfelderstr. 9, keine Pässe mehr fertig gemacht werden. „Fichte"-Halle hat 1,50 Mark Schiedsrichtergeld an Merseburg zu zahlen. Die Disqualifikation von Dölau Jgd. und Schurbert-Fichte ist ab 26. Juni 1926 aufgehoben. Wegen Fehlens in der Sitzung am 19. Juni 1926 haben folgende Schiedsrichter 50 Pf. Strafe zu zahlen: Kraußer, Herrmann, R. Albig, C. Albig, „Fichte", Oertel, Jännicke, „Schwimmer", Kaßler, Fehrig, „Schafstädt", Hartkopf, Rohne, „ABV. Cröllwitz, Ronneburg, „Adler", Smurewski, „Achilles", Rudolf, Bruder, „ASC.", Wolter, „Othello", Hertel, Heese, „Wassersportverein Ammendorf".

Schiedsrichter für das Spiel zum Reichs-Arbeiter-Sporttag Willi Schulze (ASC.).

Der Spielausschuß.

Schwerathletik

Arbeiter-Athletenbund 5. Kreis, Bezirk Halle

Donnerstag, den 3. Juni, abends ½8 Uhr, findet eine Gesamtübungsstunde sämtlicher hallischen Vereine in der Liebenauerschule (Sportklub 09) statt. Zweck: Gesamtüben der Ringer-Freiübungen zum Reichs-Arbeiter-Sporttag. Es ist Pflicht, daß jeder Verein zahlreich erscheint.

Die techn. Leitung. J. A.: H. Wittig.

Freitag, den 4. Juni, abends 9 Uhr, findet im „CT.-Restaurant" die erste Kampfrichtersitzung statt. Sämtliche, am 16. und 19. März geprüfte Kampfrichter haben zu erscheinen, ebenso die Genossen Sander (Int.) und Stöwe (Achilles) als technische Kommissionsmitglieder müssen bestimmt erscheinen. Tagesordnung wird dort bekanntgegeben.

Kegler

Arbeiter-Keglerbund (Bezirk Halle)

Laut Bezirksbeschluß haben sich alle Vereine am Reichs-Arbeiter-Sporttag in Halle zu beteiligen. Sammelplatz, 11 Uhr, Volkspark.

Der Bezirksvorstand. J. A.: O. Krei.

Arbeiter-Keglerbund, Ortsgruppe Halle

Alle Mitglieder treffen sich Sonntag, den 6. Juni, um 11 Uhr, im „Volkspark" zum Reichs-Arbeiter-Sporttag. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Der Vorstand. J. A.: Paul Autem.

Spiele vom Sonntag, dem 30. Mai

Gruppe 1 Halle-Süd — Dölau 2:0 Punkte.
Gruppe 5 Neumark — Vorwärts-Halle 2:0 Punkte.

Propagandaspiel am 24. Mai

Passendorf — Delitzsch-Neuntöter: Passendorf 783,5 Punkte, Delitzsch 747,9 Punkte. 35,6 Punkte für Passendorf.

Dem Sportverein Delitzsch-Neuntöter für ihr sportliches Verhalten ein kräftiges „Frei-Holz" und hoffen, sie bald in unseren Reihen begrüßen zu dürfen.

Die Sportkommission. J. A.: Paul Schlotte.

Radio

Donnerstag, von 4 bis 6 Uhr: Jugend-Unterricht. Der Elektrizitäts-Lehrkursus fällt aus. Bastelabend im Zimmer 5 von ½8 Uhr an im „Gewerkschaftshaus", Harz 42—44. Die Mitglieder, die zum Bau des Ausstellungsapparates bestimmt sind, müssen erscheinen.

Vereinsmitteilungen

Fußball-Abteilung Fichte-Halle. Freitag, pünktlich 8 Uhr, in der „Sonne": Monatsversammlung. Ich ersuche um vollzähliges Erscheinen. Die Abzeichen zum Reichs-Arbeiter-Sporttag werden ausgegeben.

Fußballklub Viktoria 08 beabsichtigt eine Damen-Handballabteilung ins Leben zu rufen. Zu diesem Zwecke ist am Freitag, dem 11. Juni, abends ½9 Uhr, im Vereinslokal „Eisbörse", Mansfelder Straße 31, eine Zusammenkunft. Damen, welche Interesse daran haben, sind dazu eingeladen. Adressen sind zu richten an Hermann Harzdorf, Spitze 9.

Ballspielklub Giebichenstein. Sonntag, den 6. Juni: Reichs-Arbeiter-Sporttag. Alle aktiven und passiven Mitglieder haben zu erscheinen. Treffpunkt ½12 Uhr bei Barth.

Freier Wassersportverein Halle (Handball). Donnerstag den 3. Juni, abends 8 Uhr, im Bade am Hettstedter Bahnhof: Sitzung der 1. Sportler- und Sportlerinnen-Mannschaft. Um pünktliches Erscheinen wird ersucht. Interessenten sind willkommen.

Arbeiter-Sportvereinigung „Ludwig Jahn", Schwimmabteilung, Eisleben
Donnerstag, abends 8 Uhr, im „Stadtbad": Anschwimmen. Uebungsstunden finden regelmäßig Montag und Donnerstag von 8 bis 9 Uhr statt.

Freier Turn- und Sportverein 08 Bitterfeld. Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, im Vereinslokal: Versammlung. Um vollzähliges Erscheinen, vor allem der älteren Genossen, bittet.

Der Vorstand.

Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen

5] Ein englischer Arbeiterroman von **Robert Tressal**

Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

War irgendwo ein Kostenanschlag zu machen, — Jäger kalkulierte die Arbeit und machte ihn. Wurde das Angebot angenommen, so übermachte er die Arbeit, tüftelte aus, wo man pfuschen könnte, nahm Lehm, wo Mörtel angesetzt war, und Mörtel, wo Zement berechnet wurde. Blattzink trat an die Stelle von Blei und gekochtes Oel an die Stelle von Lack, und wurde etwas dreimal gestrichen, so ließ man sich für fünfmal bezahlen. Das Pfuschen der Arbeit war bei ihm tatsächlich zur Manie ausgeartet. Es schmerzte ihn ordentlich, wenn etwas anständig ausgeführt wurde. Selbst, wenn es einmal profitlicher war, etwas gut zu machen, folgte er dem Zwange der Gewohnheit und ließ es pfuschen. War ein Architekt zur Beaufsichtigung da, so wurde er von „Elend" getäuscht und irregeführt, oder wenigstens machte er einen Versuch dazu. Bei allem Aufpassen, Antreiben und Anbrüllen der „Hände" waren seine Geieraugen ständig auf der Suche nach neuer Arbeit. Er steckte seine lange, rote Nase in das Bureau jedes Häusermaklers der Stadt, um herauszukriegen, welche Grundstücke kürzlich veräußert worden waren, damit er von den neuen Eigentümern den Auftrag für notwendige Umbauten oder Reparaturen kriegen konnte. Er schloß viele gottlose Verträge mit Krankenpflegerinnen und ähnlichen Leuten, die ihn gegen ein kleines Entgelt wissen ließen, wenn irgendein armer Dulder im Sterben lag, und die den verlassenen, schmerzerfüllten Angehörigen Hurtig & Co. empfahlen. Danach pflegte, nach genauem Studium der Finanzlage der betroffenen Familie „Elend" sein unansehnliches Gerippe in das Haus der Sorge zu schieben und noch im Angesicht des Todes die Interessen von Hurtig & Co. zu fördern, um seine erbärmlichen 2½ Prozent zu verdienen.

Fünfzehn Jahre!

Jäger begriff jetzt, daß Hurtig bei dem Geschäft das bessere Teil erwählt hatte.

Er begriff, daß man ihn nur ausgenutzt hatte, aber er wußte auch, daß es zur Umkehr zu spät war. Er hatte nicht genug gespart, um mit Aussicht auf Erfolg ein eigenes Geschäft aufmachen zu können, selbst wenn er sich geistig und körperlich noch dazu fähig gefühlt hätte. Wenn Hurtig ihn heute entließ, so war er sogar zu alt, um wieder eine Stelle als Reisender zu finden. Außerdem hatte er in seinem Eifer für Hurtig & Co. und in dem Bestreben, seine Provision zu verdienen, oft Dinge getan, die ihm die Feindschaft der Konkurrenzfirmen zuzogen. Es war äußerst unwahrscheinlich, daß auch nur eine ihm Beschäftigung geben würde. Und gesetzt den Fall, sie täten es, — „Elends" Herz stockte bei dem Gedanken, eines Tages auf gleichem Fuße den Arbeitern gegenüberzustehen, die er tyrannisiert und bedrückt hatte. Aus allen diesen Gründen lebte Jäger in ebenso großer Furcht vor Hurtig, wie die „Hände" vor ihm.

Ueber den Arbeitern stand „Elend", immer bereit, sie zu entlassen und ihre Frauen und Kinder dem Elend preiszugeben. Hinter „Elend" stand Hurtig, ängstigte ihn und stachelte ihn an zu immer neuen Exzessen und Anstrengungen im Interesse der „guten Sache" — worunter zu verstehen war die Anhäufung von Vermögen in seinen Händen.

Jäger näherte sich am Nachmittag des Tages, an dem die vorher berichtete Unterhaltung stattfand, nach einem wahrhaft strategischen Plan dem Hause, wo Craß und seine Gefährten arbeiteten. Er hielt sich scharf auf der einen Straßenseite, damit man sein Kommen vom Hause aus nicht beobachten konnte. Hundert Meter vor dem Tor mußte er vom Rade absteigen, weil die Straße dort gerade steil emporstieg, und wie er das Rad so vor sich hinschob, erblickte er ein paar Arbeiter, die da herumlungerten. Ein paar waren ihm bekannt, sie hatten verschiedentlich bei ihm gearbeitet, aber jetzt waren sie arbeitslos.

Im ganzen waren es fünf. Drei, die sich kannten, standen zusammen, die beiden anderen blieben jeder für sich. Die Gruppe war Jäger am nächsten, und wie er herankam, trat einer auf ihn zu:

„Guten Morgen, Herr."

Jäger grunzte zur Antwort, ohne stehenzubleiben.

Der Mann folgte ihm.

„Vielleicht Aussicht auf Arbeit, Herr?"

„Alles besetzt", sagte Jäger, immer noch, ohne stehenzubleiben. Der Mann folgte ihm weiter, wie ein Bettler, der um ein Almosen bat.

„Hat's vielleicht Zweck, in ein paar Tagen mal wiederzukommen, Herr?" —

„Glaube nicht", war die Antwort, „kannst's ja mal versuchen, aber wie gesagt, wir haben keinen Platz."

„Danke, Herr", sagte der Mann und kehrte zu seinen Freunden zurück.

Währenddessen war Jäger dicht bei einem der Fremden, der auch herankam, um mit ihm zu sprechen. Dieser Mann fühlte schon, daß wenig Hoffnung auf Arbeit vorhanden war. Dennoch — eine Frage konnte nicht schaden. Er war schon ganz verzweifelt. Seit einem Monat war er nun schon von seinem letzten Arbeitgeber weg. Es war ein sehr schlechter Sommer gewesen. Ein paarmal vierzehn Tage für eine Firma und dazwischen wieder eine Woche, wo man nichts tat, dann wieder drei Wochen oder einen Monat bei einer anderen Firma, dann wieder arbeitslos, und so immer weiter. Und nun war es November. Im letzten Winter waren sie zu Hause in Schulden geraten. Das war nichts Außergewöhnliches, aber in diesem schlechten Sommer hatten sie nicht wie in anderen Jahren die Schulden vom Winter abzahlen können. So war es sehr zweifelhaft, ob sie neuen Kredit kriegen würden. Und darum, obgleich es so hoffnungslos schien, sprach er Jäger doch an, — der blieb diesmal stehen, denn der Weg den Hügel herauf hatte ihn außer Atem gebracht.

„Guten Morgen, Herr."

Jäger erwiderte den Gruß nicht, sein Atem war ihm zu kostbar. Aber der Mann war nicht verletzt, er war die Behandlung gewöhnt.

„Vielleicht Aussicht auf Arbeit, Herr?"

Jäger antwortete nicht gleich, er war noch außer Atem und außerdem überdachte er noch einmal einen Plan, der ihm immer wieder in den Sinn kam, und den er dringlichst verwirklichen wollte. Jetzt schien ihm die lang ersehnte Gelegenheit gekommen. Im Augenblick war Hurtig & Co. die einzige Firma in Schmutzburg, die noch Beschäftigung hatte. Zu Dutzenden lagen die besten Arbeiter auf der Straße. Ja, das war der richtige Moment. Wenn der Mann einwilligte, dann konnte er anfangen. Jäger kannte ihn als geschickten Arbeiter, er war schon früher bei Hurtig & Co. gewesen. Um für ihn Platz zu schaffen, würde man den alten Linden oder einen anderen vollbezahlten Arbeiter entlassen. Ein Grund ließ sich schon leicht finden. „Ja", sagte Jäger schließlich mit unbestimmter, zögernder Stimme, „ich glaube kaum Neumann, wir haben niemand nötig."

„Es ist so ein schlechter Sommer gewesen", fuhr Neumann fort, „es ist mir ziemlich dreckig ergangen. Ich würde schon zufrieden sein, wenn ich nur für eine Woche oder so Arbeit hätte."

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaftliche Rundschau

Nr. 1 – Mittwoch, den 2. Juni 1926

Aus der mitteldeutschen Wirtschaft

An unsere Leser!

Mit der heutigen Wirtschaftsbeilage führen wir eine ständige wöchentliche Beilage ein, die hoffentlich dazu beitragen wird, daß die Arbeiter in Mitteldeutschland sich noch mehr um den „Klassenkampf" scharen, als dies bis jetzt der Fall gewesen ist.

Die Notwendigkeit, eine besondere Wirtschaftsbeilage in einer proletarischen Zeitung herauszugeben, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Nur eine gründliche wirtschaftliche Information über die Vorgänge des deutschen Wirtschaftslebens, insbesondere aber über die lokalen Vorgänge, versetzt die Arbeiter und Bauern sowie überhaupt die notleidende Bevölkerung in die Lage, den Abwehrkampf gegen die Ausbeutung zu organisieren und durchzuführen. Der einzelne Arbeiter, die Hausfrau, der werktätige Bauer — sie alle spüren die Auswirkungen der kapitalistischen Nationalisierung, übersehen aber die Gesamtzusammenhänge. Deshalb sind sie oft nicht imstande, Ursachen und Wirkungen richtig miteinander zu verbinden.

Die bürgerliche Presse bringt allerdings einen sogenannten „Handelsteil". Aber dieser Handelsteil bezweckt nicht die Aufklärung der Werktätigen. Bezahlte Schwindelbilanzen, frisierte Nachrichten, die die Tatsachen im Sinne der kapitalistischen Eigentümer und Geldgeber der bürgerlichen Presse entstellen, Börsennotizen für die Spekulanten, die die Nichteingeweihten überhaupt nicht verstehen, das ist der Inhalt des Handelsteils der bürgerlichen Presse.

Der Wirtschaftsteil des „Klassenkampfes" bezweckt im Gegensatz dazu eine gründliche allseitige Information über die wichtigsten Vorgänge der wirtschaftlichen Entwicklung. Unsere besondere Aufgabe erblicken wir in der Behandlung der mitteldeutschen Wirtschaft. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß der Wirtschaftsteil unserer Zeitung im innigen Zusammenhang mit dem politischen Teil sowie mit den Betriebsberichten ausgestaltet werden muß. Es bedarf kollektiver Mitarbeit, um das ganze Material, das die Ausbeuterklasse wohlweislich verschweigt und verheimlicht, zu sammeln und die Zusammenhänge aufzudecken. Wir hoffen, daß vor allem die wirtschaftlich interessierten Leser unserer Zeitung, Arbeiter und Bauern, Angestellte und Beamte, uns dabei reichlich unterstützen werden.

Der Siegeszug des Anilintrusts

„Bei mir Farben" 26.26

Dieser Ruf erschallt auf allen Wandelgängen der Berliner Börse. Die Aktien des Anilinkurses steigen im schwindelhaften Tempo. Am 1. März betrug der Kurs 122 Prozent über Vorkriegsparitäl. Das bedeutet, daß der Wert der Aktie um 22 Prozent die Vorkriegshöhe übertraf. Heute weist der Börsenkurs 194 Prozent auf. Was wir vor einigen Tagen vorausgesagt haben, ist eingetroffen. Die Aktien des Anilintrusts weisen den höchsten Kurs in ganz Deutschland auf. Nach Börsengerüchten dürfte der Kurs bald 300 Prozent erreichen.

Es ist unzweifelhaft, daß die schwindelhaften Preissteigerungen der Anilinaktien nicht nur das Urteil der Börsenspekulanten über die Riesengewinne des Trusts im Jahre 1925 bedeuten. Die Börse liebt es nicht, historische Urteile zu fällen. Ihr Blick ist auf die Zukunft gerichtet. Wenn die Anilinaktien die doppelte Höhe der Vorkriegshöhe erreicht haben, so bedeutet dies so viel, daß nach Ansicht der Börse die Aktionäre durch ihre Aktien das Recht zu **Gewinnanteilen erlangen, die das Doppelte und bald das Dreifache der Vorkriegsprofite ausmachen werden.** Die Steigerung der Aktienkurse bedeutet nichts anderes als eine derartige Spekulation auf Zukunftsprofite. Die Spekulation muß aber ihren Grund in der Wirklichkeit haben.

Was geht in der Wirklichkeit vor? Nichts anderes als eine **riesenhafte Ausdehnung des Anilintrusts,** die aber am Umfang und Tiefe eine solche Bedeutung gewinnt, daß sie zur grundlegenden Machtverschiebung innerhalb des deutschen Kapitalismus führen kann. Im Zeitalter des chemischen Krieges verdrängen die Chemiekönige Krupp und Konsorten. Die Ausdehnung des Anilintrusts vollzieht sich sowohl in **vertikaler** als in **horizontaler** Richtung. Das heißt, der Anilintrust gliedert sich einerseits chemische Werke, andererseits Unternehmungen aus anderen Industriezweigen an. In der Reihe der Aufsaugung chemischer Betriebe ist der nächste Schritt, die **Erwerbung der Farbwerke Mühlheim vorm. O. Leonhardt u. Comp. A.-G. in Mühlheim a. Rh.** Das wäre in kurzer Zeit die fünfte Erwerbung des Farbentrusts.

Nicht weniger bedeutsam ist die Nachricht, wonach der **Farbentrust die Rheinstahlgesellschaft völlig übernehmen will.** Im Augenblick, wo die **Siemens-Gruppe,** die in der früheren Siemens-Rhein-Elbe-Union eine führende Rolle spielte, sich zurückzieht, engagiert sich der Farbentrust an der Montanindustrie. Wird dieser Erwerb zu einer Verschmelzung des Farbentrusts mit dem Rhein-Ruhr-Montantrust oder zu einem verschärften Konkurrenzkampf um die entscheidende Machtstellung zwischen den beiden Riesenkonzernen führen? Das läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Ebenso unkontrollierbar sind die Gerüchte über die geplante Bildung eines **Elektrotrusts,** der in enger Verbindung mit dem Farbentrust stehen sollte. Das diese letztere Kombination gerade **für Mitteldeutschland** eine ungeheure Bedeutung gewinnen würde, braucht nicht gesagt zu werden.

Ein weiterer Grund für den Siegeszug des Anilintrusts liegt in der **technischen Umstellung der Industrie** bzw. in der zukünftigen Linie dieser Umstellung. Der Anilintrust beabsichtigt, die

Gewinnung von Oel aus Kohle in Deutschland zu monopolisieren.

Es herrscht noch ein geheimnisvolles Dunkel über das Ergebnis der Experimente, die diesbezüglich in Leverkusen gemacht werden. Tatsache ist aber, daß, wenn diese Experimente zu praktischen Erfolgen führen, damit nicht nur innerkapitalistische Vorgänge in Deutschland verbunden sein werden. Die deutsche Erdölproduktion spielt mit 0,04 Prozent der Weltproduktion eine völlig unbedeutende Rolle. Damit hängt die überwiegende Machtstellung der Standard Oil in Deutschland auch zusammen. Eine Verselbständigung der deutschen Mineralölgewinnung würde für die Stellung des deutschen Imperialismus weltwirtschaftlich und weltpolitisch unabsehbare Folgen mit sich ziehen.

Doch das ist Zukunftsmusik und die Gegenwart heißt Rationalisierung. Entlassungen, Einschränkungen und Elendslöhne für die Chemiearbeiterschaft.

Die Rationalisierung, die in der Anilinindustrie schon bis jetzt mit aller Brutalität durchgeführt wurde, wird in Zukunft an Schärfe nur noch zunehmen. Ueber den Zusammenschluß der vier großen Konzerne, die jetzt im Anilintrust vereinigt sind, heißt es im Verwaltungsbericht: „Die erhofften Vorteile der Fusion können sich naturgemäß erst nach und nach auswirken." Die neuerfolgten Verschmelzungen werden diesen Prozeß weiter beschleunigen.

Praktisch ist damit die Einheitsfront zwischen Montantrust und Anilintrust schon hergestellt. Wie stark auch die gegenseitigen Konkurrenzkämpfe sein mögen, gegenüber der Arbeiterschaft ist die Front geschlossen.

Jeder chemische Arbeiter muß mit Empörung folgende Zeilen in der „Deutschen Bergwerkszeitung" vom 30. Mai lesen:

„... die Kurssteigerung führte von 103 Proz. zu Jahresanfang bis 184 Prozent. Deutschland ist dadurch um viele Millionen reicher geworden. Ueber 64 Millionen werden in der Dividende ausgezahlt. Diese Summe breitet ihren Segen nach allen Seiten aus."

Die Chemiearbeiter müssen sich fragen: „Was haben wir von diesem Segen zu spüren bekommen? Wenn „Deutschland" um viele Millionen reicher geworden ist, warum müssen die Arbeiter, die diese Reichtümer geschaffen haben, hungern?"

Diese Frage wird die „Deutsche Bergwerkszeitung" nicht beantworten. Die Antwort darauf können sich aber die Chemiearbeiter selbst geben.

Mitteldeutsche Bilanzen

Riesenprofite der Ammendorfer Papierfabrik A.-G. bei Halle. Die Verwaltung dieser Gesellschaft dementiert Börsenmeldungen, wonach die Dividende für das Jahr 1925 **12 Prozent** ausmachen soll. Man kennt den Wert solcher Dementis. Auch der Farbentrust hat die Gerüchte über eine Dividende von 8 Prozent solange dementiert, bis schließlich 10 Prozent Dividende bestimmt wurden. Die Börsenhyänen haben im allgemeinen eine gute Spürnase, und man kann nachher mit Recht annehmen, daß die Ammendorfer Papierfabrik glänzende Gewinne erzielt hat. Wie steht es mit den Löhnen der Arbeiter?

Gottfried Lindner A.-G. Ammendorf bei Halle. Der Geschäftsbericht dieser Gesellschaft betont, daß man die Hoffnung habe, im neuen Geschäftsjahr wieder „befriedigende Resultate" zu erzielen. Die Bilanz für das Vorjahr weist einen angeblichen Verlust von 27 235 Mk. auf.

Im allgemeinen darf man diese Verlustbilanzen mit dem größten Mißtrauen aufnehmen. Allein die Tatsache, daß für Abschreibungen 176 900 Mk. verwendet werden, beweist, daß es sich nicht um wirkliche Verluste handelt. Ein anderer merkwürdiger Posten sind die Vorräte, die 4 Millionen Mk. ausmachen. Eine Kontrolle über diese Angaben ist nicht möglich. Es steht der Verwaltung frei, durch beliebige Schiebungen den Anschein einer Verlustbilanz zu erwecken. Der Zweck, der hierbei erstrebt wird, ist neben Steuerschiebungen die Begründung einer Lohnpolitik, die sich gegen die Arbeiter richtet.

Die Profite der Anhaltischen Kohlenwerke, Halle

Der Geschäftsbericht für 1927 enthält eine ganze Reihe von Momenten, die für das Gebaren des mitteldeutschen Kapitalismus typisch sind. Die Abschreibungen weisen die ungeheure Summe von 2 930 000 Mark auf. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß ein Teil des Profites unter der Rubrik „Abschreibungen" verbucht wurde. Trotzdem weist der Reingewinn **1 062 000 Mark** gegenüber dem vorjährigen Gewinn von 500 000 Mark auf. **Das bedeutet eine dreifache Profitsteigerung, die von der Verwaltung selbst zugegeben wird.** Gegenüber dem dividendenlosen Vorjahre werden diesmal 5 Prozent Dividenden ausgezahlt. Der Verwaltungsbericht hebt hervor, daß der Absatz der Erzeugnisse, wie überhaupt der des mitteldeutschen Braunkohlengebietes, weit hinter der Leistungsfähigkeit der Werke zurückbleibt. Eine Ursache der Absatzkrise sind die hohen Reichsbahnfrachten. Die Gesamtförderung der Gruben macht **3 980 000 Tonnen** aus und übersteigt die Förderungen des vorletzten Jahres um eine Kleinigkeit.

Herabsetzung der Stickstoffpreise — für die Großagrarier

Das Stickstoff-Syndikat, welches 99 Prozent der deutschen Stickstofferzeugung umfaßt und innerhalb dessen der Anilintrust eine führende Stellung einnimmt, hat ab 1. Juni neue Preise festgesetzt. Die Preise wurden nach der offiziellen Mitteilung wesentlich herabgesetzt. Die ungeheure Ausbeutung der Chemieproleten im Leuna-Betrieb ermöglicht es den Chemiegewaltigen, trotz Verbilligung des Preises ihre Profite zu erhöhen. Uebrigens geht aus den Mitteilungen hervor, daß eine Verbilligung nur bei größeren Quantitäten, das heißt nur für die Großagrarier in Betracht kommt. Die Zahlungsbedingungen sind auch so gestaltet, daß sie neben den fetten Profiten für ein ungenanntes **Bankkonsortium,** das die Wechselverlängerungen übernimmt, wirkliche Erleichterungen nur für das Agrarkapital bedeuten.

Internationales Kupferkartell gebildet

Am 1. Juli wird das internationale Kupferkartell seine Tätigkeit beginnen. Für die Arbeiterschaft Mitteldeutschlands hat diese Mitteilung insofern Interesse, als dem Kartell auch die **Mansfeld Aktien-Gesellschaft** angeschlossen ist. Das Kartell umfaßt sämtliche Kupferarten, die für den Verbrauch in Betracht kommen. Kartelle setzen nur die Preise fest (im Gegensatz zu den Syndikaten und Konzernen) und bestimmen nicht die Menge der Produktion und den Absatz. Es handelt sich also um die Ausübung einer schrankenlosen Diktatur auf dem Kupfermarkt, die den angeschlossenen Gesellschaften eine **Preistreiberei** ermöglicht. Für die arbeitenden Massen bedeutet dies eine weitere Verteuerung des allgemeinen Lebensniveaus, da durch die zu erwartenden Preissteigerungen auch Gegenstände, die für jeden Haushalt nötig sind, betroffen werden.

Unveränderte Rohstahlproduktion

Unveränderte Rohstahlproduktion. Die Monatsversammlung der Rohstahl-Gemeinschaft fand am 27. Mai in Düsseldorf statt. Die Einschränkung der Rohstahlerzeugung für den Monat Juni wurde, wie schon seit sechs Monaten, wieder auf 35 Prozent festgesetzt. Preisveränderungen dürfen nicht vorgenommen werden. Aus diesen Beschlüssen geht hervor, daß nach Ansicht der Schwerindustrie die Produktion und der Absatz im Monat Juni ungefähr auf der bisherigen Höhe bleiben dürfte. Inzwischen werden aber in Westdeutschland Stahl- und Eisenwerke nacheinander stillgelegt. Man will also die bisherige Produktion mit weniger Arbeitskräften aufrecht erhalten.

Bergmann-Elektrizitätswerke

Die Bergmann-Elektrizitätswerke A.-G. in Berlin weisen nach ihrem Geschäftsbericht einen um mehr als 50 Prozent gesteigerten Umsatz auf. Die Dividende wird von 5 auf 6 Prozent erhöht.

Starker Rückgang des Ausfuhrüberschusses im April

Der Ausfuhrüberschuß im deutschen Außenhandel betrug im Februar 121 Millionen Mark, im März stieg er weiter auf 278 Millionen. Die Steigerung war zum größten Teil zurückzuführen auf eine verstärkte Ausfuhr von Fertigfabrikaten. In allen Spalten der bürgerlichen Handelspresse herrschte über diese „neue Wendung" großer Jubel. Man sah schon die Eroberung des Weltmarktes durch ein „wiedererstarktes Deutschland" greifbar vor Augen. Die Handelsbilanz im April hat alle diese Hoffnungen jäh zerstört. Der Ausfuhrüberschuß ist auf weniger als den fünften Teil der Märzzahl zurückgegangen, wie nachstehende Aufstellung zeigt:

	Gegenwartswerte in Mill. Mark		
	Einfuhr	Ausfuhr	Aktivität
Januar 1926	707	794	87
Februar 1926	662	783	121
März 1926	645	923	278
April 1926	723	779	56

Die Verschlechterung der Außenhandelsbilanz im April um 222 Millionen Mark gegenüber dem März ist zurückzuführen einmal auf eine Verschlechterung der Lebensmittelbilanz um ca. 64 Millionen Mark. Der, wenn auch geringfügige Rückgang der Arbeitslosigkeit bedingte einen vermehrten Verbrauch und damit eine vermehrte Einfuhr und verringerte Ausfuhr von Lebensmitteln. Auch die Rohstoffbilanz hat sich um ca. 63 Millionen Mark verschlechtert. Zum Teil dürfte dies auch auf eine etwas günstigere Gestaltung der Konjunktur sowie auf Saisonverhältnisse, vor allem in der Bauindustrie, zurückzuführen sein. Und schließlich ist ein Rückgang in der Fertigwarenausfuhr von fast 100 Millionen Mark zu verzeichnen. Der Export von fertigen Industrieerzeugnissen ist damit so ziemlich auf den früheren Stand zurückgesunken. Dadurch wird zugleich bewiesen, daß der erhöhte Fertigwarenexport im März nur eine Ausnahmeerscheinung bildet. Nachstehende Tabelle gibt die vergleichenden Ziffern der drei Warengruppen an:

	Gegenwartswerte in Mill. Mark					
	Lebensmittel		Rohstoffe		Fertigwaren	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Januar 1926	224,4	66,2	378,2	159,2	99,7	568,3
Februar 1926	227,1	50,3	333,5	167,4	97,0	564,1
März 1926	220,6	45,2	331,6	190,5	85,6	686,4
April 1926	267,6	28,3	357,0	152,9	90,4	597,4

Es wäre verfehlt, wollte man aus dem jähen und raschen Wechsel in der Zusammensetzung der Außenhandelsbilanz auf Schwankungen in der Tendenz der gesamten Wirtschaftsentwicklung schließen. Das Wesen des Kapitalismus ist gerade die plan- und zusammenhanglose Tätigkeit seiner Teile und letzlich rückschauend auf eine größere Epoche kann man deren Tendenzen verfolgen. So kann man auch aus der Entwicklung der Aprilbilanz noch keine sicheren Schlüsse über die zukünftige Gestaltung der Verbindung des deutschen Kapitalismus mit der internationalen Wirtschaft ziehen. Im wesentlichen wird die weitere Entwicklung davon abhängen, welchen Verlauf die innerdeutsche Krise nimmt, vor allem, welchen Anteil die Arbeiterschaft sich an dem gesellschaftlichen Gesamtprodukt erkämpft.

Im Allgemeinen dürfte die scharfe Steigerung des Ausfuhrüberschusses an Fertigwaren im März der Ausdruck dafür sein, daß infolge der anhaltenden Geldflüssigkeit in Deutschland (die durch die Wirtschaftskrise verursacht ist) kurzfristige Auslandskredite zurückgezahlt und Zinszahlungen an das Ausland geleistet sind. Diese Zurückzahlungen haben zusammen mit der Geldflüssigkeit noch während des Aprils angehalten. Da aber der Export auf wachsenden Widerstand der ausländischen Konkurrenz stößt und infolgedessen sich verringerte, wurden, um diese Zahlungen leisten zu können, Devisen von der Reichsbank gekauft. So bietet sich jetzt einiger Zeit das Bild eines ständig abnehmenden Devisenstandes und Reichsnoten-Institutes. Die nachstehende Aufstellung enthält die Zahlen des Postens „sonstige Aktiva" im Reichsbankausweis, der sich zum größten Teil aus Devisen und ähnlichen Auslandsguthaben zusammensetzt:

	(In Mill. Mark)		
	15. 5. 1925	15. 4. 1926	15. 5. 1926
Sonstige Aktiva	647	551	373
Stand gegen Vormonat	49	25	178

Da Devisen und Gold aber die Deckung für den deutschen Notenumlauf bilden, könnte ein weiterer Fortgang dieser Tendenz unter Umständen zu einer Gefährdung der deutschen Währung führen.

Ruhrkohlenabsatz und englischer Streik

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet ist in der letzten Woche gestiegen, weil infolge des englischen Bergarbeiterstreiks die Absatzmöglichkeit in das „bestrittene" Gebiet, vor allem nach Frankreich und Belgien, sich erweiterte. Die arbeitsstägliche Förderung ist auf 353 000 Tonnen gegen eine durchschnittliche Förderung von 323 000 Tonnen im April gewachsen. Die Haldenbestände sind kaum geringer geworden. Dagegen sind die auf Waggons und Kanalkähnen lagernden Kohlenmengen fast ganz abgesetzt worden. Die Feierschichten haben abgenommen.

Nach einer Berechnung der „Frankfurter Zeitung" wird der Mai gegen den April eine Mehrförderung von über 625 000 Tonnen ergeben.

Die Berichte über die Kohlenmarktlage ergeben, daß die deutschen Grubenbarone ihren Vorteil aus dem englischen Streik ziehen. Es ist klar, daß in dem Augenblick nur mit Hilfe dieser Lieferungen von Streikbrecherkohle die englischen Grubenbarone siegen werden, nicht nur diese Konjunktur wieder aufhören wird, sondern daß unter Berufung auf die nun gegen die englischen Bergarbeiter durchgesetzten günstigeren Konjunkturbedingungen des englischen Kohlenkapitals die Ruhrkohlenherren mit verschärfter Offensive gegen die Ruhrbergarbeiter vorgehen werden.

Es zeigt sich, daß der Alte Bergarbeiter-Verband seine Solidaritätspflichten gegenüber den englischen Bergarbeitern gröblichst verletzt, wenn er Mehrförderung und Absatz in das bestrittene Gebiet zuläßt, daß er damit zugleich den englischen wie auch den deutschen Bergarbeitern schadet.

Preisherabsetzung des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats. Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat hat die Umlage für April auf 60, für Juni auf 55 Pfennig je Tonne festgesetzt. Im Vormonat betrug diese Umlage 70 Pfennig. Trotzdem die Kohlenindustriellen durch Ausfuhr von Streikbrecherkohle nach den früher von England belieferten Gebieten beträchtliche Extraprofite erzielt haben, führen sie die alten Klagen weiter. Die Haldenbestände sollen nicht abgenommen haben. Die Aussichten für die nächste Zukunft seien ungünstig. Die Koksbestände sollen sogar noch zugenommen haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260602-18/fragment/page=0007

Versammlungen der KPD

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 8237

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Bruckdorf, Dieskau, Canena, Kleinkugel, Zwintschöna. Mittwoch, den 2. Juni, abends 8 Uhr, in Bruckdorf, bei Große: Gemeinsame Mitgliederversammlung. Alle Genossen haben zu erscheinen.

Mietleben. Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Sonne“: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Jeder Genosse muß erscheinen.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Kötzschen-Beuna. Mitgliederversammlung Mittwoch, 2. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Pöhlitz. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

Merseburg. Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg“: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Volksentscheid. Jeder Genosse hat zu erscheinen.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Ermsleben. Donnerstag, den 3. Juni, abends 8 Uhr, beim Genossen H. W.: Mitgliederversammlung. Alle Genossen haben pünktlich zu erscheinen.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Bitterfeld. Referentenkursus, Mittwoch, 2. Juni, abends 8 Uhr, im Gesellschaftshaus. Referent: Genosse Fried. Alle Referenten, Arbeitsgebietsleiter und Parteiarbeiter des Kreises Bitterfeld haben zu erscheinen.

Wittenberg. Referentenkursus, Mittwoch, 2. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Freudenberg). Referent Genosse Berger. Alle Referenten, Arbeitsgebietsleiter und Parteiarbeiter des Kreises Wittenberg haben zu erscheinen.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Zeckritz-Zschackau. Sonnabend, den 5. Juni, abends 8 Uhr, im Vollborischen Lokal: Oeffentliche Volksversammlung. Tagesordnung: Volksentscheid. Ref.: Genossin Frieda Lehmann

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Mittwoch, den 2. Juni, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“: Sitzung aller Betriebs- und Straßenzellenleiter und Zellengruppenleitungen. Alle Genossen haben vollständig zu erscheinen.

Zeitz. Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, in der „Herberge“: Außerordentliche Mitgliederversammlung der Stadtorganisation Zeitz. Referent: Gen. Schröter.

Teuchern. Sonnabend, den 5. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum grünen Baum“: Mitgliederversammlung. Alles hat zu erscheinen.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

„Roter Frontkämpfer-Bund“

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Döschner, Halle, Postscheckamt Leipzig 8715. Telephon 9012.

Das für den 19. und 20. Juni geplante Gautreffen in Artern wird wegen dem Volksentscheid auf den 26. und 27. Juni verlegt.

Untergau Halle-Saalkreis

Alle erwerbslosen Kameraden beteiligen sich an der am Donnerstag, dem 3. Juni, vormittags 10 Uhr, stattfindenden Erwerbslosen-Fraktionssitzung in der „Gold. Kette“.

Bezirk 3, Abteilung 7. Mittwoch, den 2. Juni, abends 8 Uhr, im „Zecher“: Abteilungsversammlung.

Abteilung 21. Mittwoch, den 2. Juni, abends 1/48 Uhr, an der Endstation der Linie 6: Antreten zur Abholung der Genossin Hoelz.

Bezirk 4 (Norden). Mittwoch, den 2. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkspark“: Bezirkspflichtversammlung. Nur das Mitgliedsbuch gilt als Ausweis.

Bezirk 1 (Osten). Mittwoch, den 2. Juni, abends 8 Uhr, bei Lohse, Dessauer Straße: Funktionärsitzung.

Bezirk 1 (Osten). Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, bei Hübner, Kurze Gasse: Bezirkspflichtversammlung. Nur das Mitgliedsbuch berechtigt zum Eintritt.

Bezirk 5 (Zentrum). Mittwoch, den 2. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkspark“: Bezirkspflichtversammlung. Nur das Mitgliedsbuch gilt als Ausweis.

Abteilung 7. Die Abteilungsversammlung findet nicht Mittwoch, sondern Donnerstag, den 3. Juni, statt.

Löbejün. Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, im „Adler“: Mitgliederversammlung.

Büschdorf-Reideburg. Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, bei Bauermann: Mitgliederversammlung.

Jungfront

Heute abend 8 Uhr, im „Volkspark“: Vorstandssitzung. Alle Bezirksführer sowie deren Stellvertreter müssen unbedingt erscheinen.

Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkspark“: Mitgliederversammlung. Nur das Mitgliedsbuch berechtigt zum Eintritt.

Untergau Merseburg

Merseburg. Donnerstag, den 3. Juni, abends 3/47 Uhr: Antreten der gesamten Ortsgruppe am Bahnhof zur Abholung der Genossin Hoelz.

Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg“: Vollversammlung.

Mücheln. Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus“: Pflichtversammlung. Alle Kameraden müssen restlos erscheinen.

Neumark. Donnerstag, den 3. Juni, abends 8 Uhr, in Schumanns Gasthof: Mitgliederversammlung.

Querfurt. Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“ Thaldorf: Mitgliederversammlung. Mitgliedsbücher sind zwecks Eintragung des Reichstreffens unbedingt mitzubringen.

Mittwoch, den 2. Juni: Umzug des Spielmannszuges. 7 Uhr Antreten am Roßmarkt. Anschließend: Vorstandssitzung.

Untergau Mansfeld (Seekreis)

Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, findet im Lokal Henze, Unterröblingen, eine Werbebezirks-Pflichtversammlung statt. Die Ortsgruppen Oberröblingen, Erdeborn, Wansleben, Stedten und Schraplau haben restlos zu erscheinen, wegen wichtiger Tagesordnung. Die Reichstreffen-Marken für Musik sind abzurechnen.

Untergau Bitterfeld

Sonntag, den 6. Juni findet in Roitzsch ein Untergautreffen mit Fahnenweihe statt. Sämtliche Kameraden des Untergaues haben sich daran zu beteiligen. Sonnabend: Kommers.

Bitterfeld. Donnerstag, den 3. Juni, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus“: Mitgliederversammlung. Restloses Erscheinen ist Pflicht.

Untergau Wittenberg

Zahna. Jeden Freitagabend 8 Uhr Pflichtversammlung bei Haberland.

Wittenberg. Donnerstag, den 3. Juni, abends 8 Uhr, im „Jugendheim“ (Schloßkaserne): Mitgliederversammlung. Jeder Genosse muß erscheinen. Eine Stunde vorher: Funktionärsitzung.

Untergau Delitzsch

Zschortau. Sonnabend, den 5. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Sonntag: Mitgliederversammlung. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung unbedingtes Erscheinen aller Kameraden notwendig.

Untergau Weißenfels

Teuchern. Sonntag, den 6. Juni, abends 8 Uhr, im „Grünen Baum“: Versammlung. Die Fahrmarken sind mitzubringen.

Hohenmölsen. Sonnabend, den 5. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Rupsch: Pflichtversammlung. Erscheinen ist Pflicht.

Granschütz. Sonnabend, edn 5. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof „Sachsenhof“, Granschütz: Versammlung. Liederbücher mitbringen.

Untergau Torgau-Liebenwerda

Sonntag, den 6. Juni, vormittags 9 Uhr, findet in Torgau, in der „Waldschenke“ Untergaukonferenz statt. Da wichtige Tagesordnung, haben sämtliche Ortsgruppen Delegierte zu entsenden.

Ebenfalls haben sich die gesamten Mitglieder der Ortsgruppen Torgau, Loßwig, Zeckeritz, vorm. 10 Uhr, in Torgau „Waldschenke“ zu sammeln zum Empfang der Delegierten und Ausmarsch. Näheres durch Rundschreiben.

Naundorf (Luchhammer). Donnerstag, den 3. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“ zu Bockwitz: Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Naundorf-Bockwitz.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

Bund der Freunde der IAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg

Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Delitzsch. Mittwoch, den 2. Juni, abends 8 Uhr, im „Lindenhof“: Wichtige Mitgliederversammlung. Alles hat zu erscheinen. Sämtliche im Umlauf befindlichen Listen und Marken sind unbedingt Mittwoch abzurechnen.

Sangerhausen. Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, im „Herrenkrug“: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller ist Pflicht.

Lützen. Sonntag, den 6. Mai, nachm. 3 Uhr, im „Bürgergarten“: Mitgliederversammlung. Alle Einzel- sowie Korperativ-Mitglieder haben zu erscheinen.

KJVD

Bezirk Halle–Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Mitteilung der BL. Berichtbogen und Abrechnung muß von allen Ortsgruppen sofort eingesandt werden.

Die Jungarbeiterschulen in Weißenfels, Delitzsch, Zeitz, Elsterwerda werden wegen des Volksentscheides bis zum 20. Juni unterbrochen. (Näheres durch Rundschreiben der BL.)

Die Jungarbeiterschule in Bitterfeld wird in dieser Woche noch fortgesetzt und dann gleichfalls bis zum 20. Juni unterbrochen.

In den nächsten Tagen gehen allen Ortsgruppen Vorschläge zur Juni-Arbeit zu. (Arbeitsplan der BL.) Alle Ortsgruppen müssen dieses Material gründlich durchsprechen und die Anregungen praktisch verwerten.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Donnerstag, Fortsetzung der Diskussion und politische Information für die Funktionäre und älteren Genossen. Eintritt nur gegen Legitimation.

Donnerstag von 6 Uhr an, im Jugendbureau: Abrechnung der Zehnerschaftsführer. Bestimmtes Erscheinen ist Pflicht.

Halle. Freitag, Eugen Leviné-Feier, 1/28 Uhr Jugendherberge, erscheint alle, bringt alle Bekannte mit. Musikspieler müssen ihre Instrumente mitbringen.

Ammendorf. Freitag, den 4. Juni, in der „Post“: Monatsversammlung. Alles muß pünktlich und vollzählig erscheinen! Die Fahrt nach Dürrenberg muß umständehalber ausfällenen.

Schkeuditz. Mittwoch, den 2. Juni, Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Donnerstag, abends 1/28 Uhr, im „Lindenhof“: Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

TURN-SCHUHE SANDALEN

HAC 101

Turnschuh-Preise

grau Segeltuch mit Chromsohle:

Größe 23—26 . . .	**1,75**	Größe 31—35	**2,30**
Größe 27—30 . . .	**1,90**	Cröße 36—41	**2,75**

Sandalen-Preise

braun Rindleder, flexible, einfachsohlig:

Größe 18—22	**2,75**	Größe 31—35	**3,90**
Größe 23—26	**2,95**	Größe 36—42	**4,70**
Größe 27—30 . . .	**3,50**	Größe 43—47	**5,75**

Friedrich Oehlschläger nur Leipziger Str. 3

2113

„Kameraden, schließt Euch uns an“!

So war der Ruf der Matrosen des „Panzerkreuzer Potemkin“ bei den erschütternden Ereignissen des Sturmjahres 1905

Panzerkreuzer Potemkin

läuft in

Jeßnitz: Donnerstag, den 3. Juni im „Volkshaus“ Sonntag, den 6. Juni im „Goldenen Lamm“

Sandersdorf: Freitag, den 4. Juni, im „Thüringer Hof“

Gräfenhainichen: Sonnabend, den 5. Juni, im Gasthof „Zum Adler“

Der Hintergrund des Films „Potemkin“ ist der Kampf des freiheitlich gesinnten Rußland gegen die Despotie des Zarentums, dargestellt an dem Erleben auf dem Schlachtschiff „Potemkin“ *2115

Unterbezirk Bitterfeld

Alle Ortsgruppen erscheinen zur Jungarbeiterschule,* die in dieser Woche noch fortgesetzt wird. Ref.: Genosse Fritz.

Unterbezirk Wittenberg

Wittenberg. Sonntag, den 6. Juni: Teilnahme am Reichs-Arbeiter-Sporttag.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Genossen! Rüstet zur Fahnenweihe der Roten Jungfront am 13. Juni

Merseburg. Mittwoch, den 2. Juni, im Lokal „Stadt Leipzig“: Mitgliederversammlung.

Merseburg. Alle Genossen beteiligen sich am 3. Juni (Donnerstag) an der Rote-Hilfe-Versammlung in der „Funkenburg“.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Droschwitz. Donnerstag, den 3. Juni, abends 8 Uhr, im Restaurant von Hirsch: Gründungsversammlung.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung f. Halle-Merseburg
Halle a. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Bezirk Halle-Merseburg

Halle. Gruppenabend fällt heute, Mittwoch, aus. Alle Mitglieder treffen sich dafür um 6 Uhr auf der „Peißnitz“, möglichst in Pionier-Kleidung. Spielleute bringen Instrumente mit.

Donnerstag, 6 Uhr, auf dem Sandanger: Uebeungsstunde des Spielmaanszuges.

Merseburg. Mittwoch, den 2. Juni, **nachmittags 4 Uhr: Mitgliederversammlung.**

Weißenfels. Mittwoch, den 2. Juni, nachm. 5 Uhr, findet die erste Veranstaltung nach den Ferien statt. Die Genossen werden von ihrer Achttagetour erzählen. Erscheint zahlreich.

Zeitz. Mittwoch, den 2. Juni, 5 Uhr nachmittags: Treffen am „Weißen Rößchen“, Wasservorstadt.

Donnerstag, den 3. Juni, 1/26 Uhr nachm., bei Gen. Ueberschär: Funktionärsitzung.

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg

Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 4425

Böllberg. Mittwoch, den 2. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Rauschenbach: Große Massenkundgebung: „Heraus mit den politischen Gefangenen“. Ref. Die Frau des Genossen Max Hoelz.

Merseburg. Donnerstag, den 3. Juni, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg“: Gr. Massenkundgebung: „Heraus mit den politischen Gefangenen“. Ref.: Die Frau des Genossen Max Hoelz.

Delitzsch. Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, im „Lindenhof“: Große Massenkundgebung: „Heraus mit den politischen Gefangenen“. Ref.: Die Frau des Genossen Max Hoelz.

Roßla. Sonnabend, den 5. Juni, abends 8 Uhkr, im „Ratskeller“: Große Massenkundgebung: „Heraus mit den politischen Gefangenen“. Ref.: Die Frau des Genossen Max Hoelz.

Hettstedt-Burgörner. Dienstag, den 8. Juni, abends 8 Uhr: Abrechnen beim Genossen Knore, Burgörner. Alle Unterkassierer, Literaturleute und „Roter Helfer“-Träger müssen bestimmt erscheinen.

Zeitz. Sonnabend, den 5. Juni, abends 8 Uhr, bei Junghans: Mitgliederversammlung.

Stadt-Theater

Heute Mittwoch 8 Uhr
Das Grabmal des unbekannt. Soldat.
Donnerstag
Kameraden

Walhalla

8 Uhr Tel. 8385
Allabendlich:
Familie Knorke
mit
Rudolf Mälzer
und
Anna Müller-Lincke
Tagesk. ab 11 Uhr

Polsterarbeiten führt gut u. billig aus Wuttig, Weidenplan 10

Morgen Schlachtefest Bätz, Weißenfels Georgenberg 31

Morgen, Donnerstag: **Schlachtefest** 9 Uhr: Wellfleisch **Karl Krug, Zeitz** Schützenstraße 9

Morgen Donnerstag Schlachtefest Adolf Schumann, Zeitz, Krämerstraße 12. 439

Kleine Anzeigen haben bei uns den besten Erfolg!

Druck

sachen aller Art, für Private u. Vereine, Organisationen usw. liefert schnellstens in ein- u. mehrfarbiger Ausführung zu zeitgemäßen Preisen die Abt. Buch- u. Kunstdruckerei der Prod.-Genossenschaft e. G. m. b. H., Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14, Fernruf 1045, 1047. 2251. Verlangen Sie Preis-Offerten oder den Besuch unserer Vertreter.

Zoologischer Garten

Donnerstag, den 3. Juni nachm. 4 Uhr u. abds. 8 Uhr
KONZERTE
des Hallischen Sinfonie-Orchesters
Leitung: Benno Plätz

Enorme Auswahl
Chaiselongues
Mk. 34, 44, 51, 53 usw.
Bett-Chaiselongues
Zahlungserleichterungen
Ruhebetten- und Matratzen-Werkstätten
Bruno Paris
Kl. Ulrichstraße 2, Eingang Kanzleigasse, 2 Minuten vom Markt

2124

Wo speise ich gut und billig im **Volkspark?**
Burgstr. 27 Telephon 1107

Bekanntmachung

Wahl zur Durchführung eines Volksentscheids über Enteignung der Fürstenvermögen

Die Stimmlisten der Stadt Eisleben liegen vom **Sonntag, dem 6. Juni bis einschließlich Sonntag, dem 13. Juni 1926,** und zwar an den Wochentagen von 8 bis 1 Uhr vormittags und von 3 bis 5 Uhr nachmittags und am Sonntag, von 9 bis 12 Uhr, im **Zimmer 12 des Rathauses** zu jedermanns Einsicht öffentlich aus

Wer die Stimmliste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei uns schriftlich anzeigen oder zur Niederschrift geben

Soweit die Richtigkeit seiner Behauptung nicht offenkundig ist, hat er für sie Beweismittel beizubringen

Eisleben, den 31. Mai 1926

*2118 **Der Magistrat**

Bekanntmachungen

Mütterberatungsstelle

Wir haben hier in der Mädchenschule Chausseestraße (Erdgeschoß) im Lehrer-Konferenzzimmer (Hofeing.) eine Mütterberatungsstelle eingerichtet, welche allen Müttern zur Verfügung steht

Geöffnet Mittwochs:
Sommerhalbjahr 1. 4. bis 30. 9. nachmittags von 4 bis 6 Uhr
Winterhalbjahr 1. 10. bis 31. 3. nachmittags von 2 bis 4 Uhr

An alle Mütter der Stadt Delitzsch richten wir die dringende Bitte, von der Einrichtung regen Gebrauch machen zu wollen

Delitzsch, den 27. Mai 1926

*2117 **Der Magistrat**
Städtisches Jugendamt

Am schwarzen Brett:

Verordnung zur Durchführung eines Volksentscheids

*2116 **Magistrat Delitzsch**

Familien-Nachrichten

Todesanzeige

Heute mittag 1 Uhr entschlief nach kurzem Leiden unser herzensguter

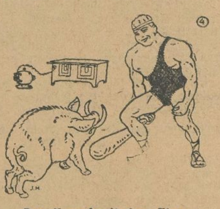
Kurti 669

in seinem 5. Lebensjahre

Weißenfels, Walterstraße 18, den 31. Mai 1926

In tiefer Trauer
Bernhard Helfrich u. Frau
Martha, geb. Stickelt

Die 2×1-Taten des Herkules



Der Kampf mit dem Eber.

Ne kleine Dosis nimmt er blos,
Dann geht er auf den Eber los.
Das Weitere kann man erraten.
Er macht sich daraus Eberbra

In 11 Wochen mehr wie
4000 Dankschreiben.
über **Dr. Schröders-Aufbausalz.**
Achtung auf Kennzeichen:

täglich 2 × 1 Prise Dr. Schröder's Aufbau-Salz = 1 ganzes Leben Jugend

In Apotheken und Drogerien zu haben.

Generalvertrieb:
E. Hartmann & Co., Leipzig
Christianstr. 4 Telephon 17480

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260602-18/fragment/page=0008

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2231. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1009 43 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Mittwoch, 2. Juni 1926 | 6. Jahrgang * Nr. 127

Die Zollwucherer an der Arbeit

Die Regierung plant die Aushungerung der arbeitenden Massen

Halle, 2. Juni.

Im Sommer 1925 haben Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei ein politisch-wirtschaftliches Bündnis abgeschlossen. Die Schwerindustrie stimmte den Zollwucherplänen der deutschnationalen Junker unter der Bedingung zu, daß diese den Locarno-Landsknechtpakt stillschweigend unterstützen und damit die Durchführung der internationalen Kredit- und Trustpläne der deutschen Großindustrie ermöglichen werden.

Der verbrecherische Plan konnte infolge der schwächlichen, auf parlamentarische Reden beschränkten Opposition der Sozialdemokratie, die den Ruf der KPD. zur Einheitsfront und Massenmobilisierung ablehnte, durchgesetzt werden. Die bis dahin geltende Zollfreiheit für Getreideeinfuhr wurde aufgehoben. Die von den Agrariern geforderten ungeheuerlichen Zollpläne von 6 Mark für den Doppelzentner Roggen und 7 Mark für Weizen wurden allerdings **bis zum 1. August 1926** auf die Hälfte herabgesetzt. Das war das „Zugeständnis" der Luther-Regierung, welches übrigens auch nur aus Furcht vor dem Massensturm, angesichts der Erbitterung der Arbeiter, auch der christlichen Arbeiter des Rheinlandes, erfolgte.

Wir haben schon im „Klassenkampf" vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß die Börsenhausse für die Herbstgetreidepreise ein Warnungszeichen für die werktätigen Massen ist. Inzwischen hat die Regierung das Schweigen gebrochen und das Geheimnis der gegenwärtigen verworrenen politischen Lage selbst enthüllt.

Der Reichsernährungsminister Dr. Haslinde hielt vor einigen Tagen auf der Vorstands- und Vertreterversammlung des Reichslandbundes Weimar eine Rede, in der er für den Schutz der Landwirtschaft „gegen Ueberschwemmung mit Agrarprodukten während der Zeit des Wiederaufbaues" eintrat.

„Ueberschwemmung mit Agrarprodukten" bedeutet aber Einfuhr von billigen Getreideerzeugnissen nach Deutschland. „Schutz der Landwirtschaft" bedeutet nicht Schutz der Kleinbauern, sondern Auslieferung aller deutscher Konsumenten, auch der Kleinbauern, die ja vorwiegend ebenfalls Konsumenten sind, der Preisdiktatur der Großagrarier.

Der Aushungerungsminister Haslinde erklärte klipp und klar, daß die bis zum 1. August gültigen „Uebergangszölle" für Getreide und Vieh nicht als hinlänglicher Zollschutz angesehen werden können.

Haslinde und der Landbund erheben ein ohrenbetäubendes Geschrei über das „Elend der Agrarier". Nun, dieses „Elend" der Junker bestand darin, daß ihre Profite infolge der Weltpreise auf dem Getreidemarkt eben geringer waren, als die Riesengewinne der Montan- und Farbenkönige. Dies drückte sich im Laufe des vergangenen Jahres in der deutschen „Schere", d. h. im Mißverhältnis zwischen den Preisen für Industrie- und Agrarprodukte aus. Diese Schere hat sich aber in den letzten Monaten vollkommen geschlossen. Am 20. März betrug der Großhandelsindex für Industrie-Rohstoffe 128,3, für Lebensmittel 119. Heute sind aber die entsprechenden Zahlen für Industrieprodukte 123,8 und für landwirtschaftliche Erzeugnisse 122,9. Es besteht also fast gar kein Mißverhältnis zwischen Industrie- und Agrarpreisen.

Die geplanten Zollerhöhungen haben eine wirtschaftliche und eine machtpolitische Seite, die nur Formen einer und derselben Tatsache, des jeweiligen Grades der Klassengegensätze und der Machtverhältnisse innerhalb der Klassen sind.

Wirtschaftlich gesehen, ergeben sich für die deutschen Agrarier, wenn sie die deutschen Verbraucher vom Auslande mit einer Zollmauer abschließen können, glänzende Preissteigerungsmöglichkeiten.

Die vorjährige Rekordernte, die die Preise wider Willen der Junker drückte, dürfte in diesem Jahre aus zwei Gründen kaum erreicht werden. Erstens war die Witterung bisher nicht besonders günstig und zweitens wurde die Anbaufläche für Roggen zum Zwecke des Preismuchers systematisch verkleinert. Roggen ist aber die Hauptnahrung der arbeitenden Massen.

Die günstige Lage der Agrarier wurde außerdem durch die Steuerpolitik der Luther-Regierung und durch die Preispolitik des Anilintrusts und der Kalikonzerne, welche letztere ihnen die Stickstoff- und Kalidüngemittel liefern, gefördert. Während der Kleinbauer durch schwere Steuern belastet wird, genießen die Großagrarier herrliche Steuerprivilegien. Anilintrust und Kalikonzerne begünstigen bei ihren Lieferungsbedingungen ebenfalls nur die „kreditwürdigen" Großagrarier.

Die einzige Gefahr für den junkerlichen Wucher besteht tatsächlich in der Getreideeinfuhr. Die deutschen Großgrundbesitzer wissen, daß die Ernteaussichten in Sowjet-Rußland in diesem Jahr sehr günstig sind und daß das billige russische Brot für das deutsche Volk zwar eine Erleichterung, aber für die Profitpläne der Agrarier eine Erschwerung bedeuten würde. **Durch Verhinderung der russischen Getreideeinfuhr wollen sie gleichzeitig die werktätigen Massen in Deutschland und die russische Arbeiter-Republik schädigen.** Hier können die schmierigen Gründe des Antibolschewismus unserer deutschnationalen Patrioten von jedem denkenden Arbeiter und Bauern klar erkannt werden.

Damit wird aber gleichzeitig der wirtschaftliche Hinter-

Die Diktaturpläne vor dem Landtag

Die Monarchisten rüsten weiter — Severing bläst ab

Im Preußischen Landtag berichtete gestern der Leiter der preußischen Polizei, Ministerialdirektor Abegg, über die sogenannte Abwehraktion der preußischen Polizei gegen die monarchistischen Diktaturpläne. Unter ohrenbetäubendem Geschrei der Deutschnationalen und Völkischen führte Abegg aus:

Die Polizei hat die Aktion nach wochenlangen sorgfältigen Nachprüfungen unternommen. Außer den Tagungen der verschiedenen Offiziersverbände, des Alldeutschen Verbandes, **der Zusammenfassung dieser Verbände unter dem Oberbefehl des Korvettenkapitäns Ehrhardts**, sprachen für die Notwendigkeit der Polizeiaktion Vorbereitungen **zu einer unmittelbar bevorstehenden Aktion von rechtsradikaler Seite.** Es sind Mitglieder der vaterländischen Verbände selbst gewesen, die zur Polizei gekommen sind und in ihrer Gewissensnot der Polizei dringliche Mitteilung über bedrohlich nahe Pläne gemacht hatten.

Auf die Zurufe der Deutschnationalen erklärte Abegg, er werde die Namen nicht bekanntgeben. Die Namen sind in den Händen des Oberreichsanwalts und des Reichsgerichts. Wenn bei verschiedenen Persönlichkeiten kein Belastungsmaterial aufgefunden worden sei, so muß dies zum Teil festgestelltermaßen

auf ein vorzeitiges Bekanntgeben der polizeilichen Aktion zurückgeführt werden.

Der Diktaturplan, von dem behauptet wird, daß er bereits seit langer Zeit der Regierung bekannt gewesen sei, ist am Montag, dem 10. Mai, in die Hände der Polizei gekommen.

Es ist schwerbelastendes Material, eine Reihe von Korrespondenzen,

ein militärischer Aufmarschplan gegen Berlin

usw. gefunden worden. Wenn bei dieser Gelegenheit bei hochachtbaren Persönlichkeiten auch polizeiliche Maßnahmen vorgenommen worden sind, so wird das von der Staatsregierung bedauert. (!) Die Polizei dürfe aber nicht zweierlei Arten von Staatsbürgern kennen. Im übrigen: Was würde man gesagt haben, wenn vor dem Kapp-Putsch im Jahre 1920 bei Männern wie Kapp, Luden-[illegible]en worden wären? [illegible]nten Mitglied einer [illegible]ichkeit, daß er zwar [illegible]ergebracht hätte und [illegible] Er erklärte dann: [illegible]er erste, der losmar-[illegible]en entschuldigt hatte, [illegible]fen gezwungen wor- [illegible] Interesse der Rechts- [illegible]und die Polizei wird [illegible]isters Severing wahr [illegible]tisch nicht vorkommen [illegible]fte, daß die Gefahr [illegible]o lieferte die Rede [illegible]onarchistischen [illegible]orden. Die mit [illegible]den „hochangesehenen [illegible]teiligt waren, längst [illegible] fieberhaft und die [illegible]elichen Versagen der [illegible]tise begreiflich.

Ein neues Schachergeschäft zwischen Deutscher Volkspartei und Deutschnationalen, d. h. Schwerindustrie und Agrarkapital, ist seit Wochen im Gange. Die Deutschnationalen sollen, oder besser gesagt, haben schon von der Regierung das Zugeständnis erhalten, daß die Getreidezölle ab 1. August verdoppelt werden. Es fragt sich noch, welchen Preis die Deutschnationalen dafür zahlen sollen. Nun, sie werden die Pläne der Schwerindustrie, die in der Bildung von internationalen Kartellen und Syndikaten (Internationales Eisensyndikat, Englisch-deutsches Kohlensyndikat usw.) gipfeln und zu einer Verteuerung aller Eisenwaren in Deutschland führen würden, wirtschaftlich und politisch unterstützen. Sie werden, wie dies der deutschnationale Graf Kalckreuth, ebenfalls auf der Weimarer Landbundbewegung ankündigte, die Locarno-Politik Stresemanns auch offiziell mitmachen.

Heute steht anscheinend die Hetze gegen den Volksentscheid im Vordergrunde der „patriotischen" Interessen. In Wirklichkeit dient die **monarchistische Mobilmachung ebensosehr zur Verhinderung des Volksentscheids als auch zur Durchführung der ungeheuerlichen Raubpläne, der Erhöhung der Zollsätze für Getreide und wahrscheinlich auch für andere Lebensmittel.** Die Arbeiter und Bauern müssen rechtzeitig diese Pläne erkennen und die Vorbereitungen zum Volksentscheid gleichzeitig zur Massenaufklärung, zur Abwehr des Junkerraubzugs benutzen.

Gegenüber dem Zollwucher, der kapitalistischen „Rationalisierung", den Staatsstreich- und Bürgerkriegsdrohungen muß die Arbeiterschaft im engsten Bündnis mit den notleidenden Bauern ihre gesamte Macht entfalten, **für den siegreichen Volksentscheid am 20. Juni, für den Kampf gegen die Regierung der Großagrarier und Großkapitalisten, für eine Arbeiter- und Bauern-Regierung.**

Severing-Aktion die Konsequenzen ziehen. Sie muß wissen, daß die Abwehr der faschistischen Diktaturpläne nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann. Es ist nicht viel Zeit zu verlieren!

Der Wettiner Arbeitermord vor dem Landtag

Urantrag der Abgeordneten Pieck, Bartels-Krefeld, Schwenk-Berlin, Menzel-Halle, Grylewicz u. Genossen.

Am 28. Mai d. J. wurde in Wettin der Geschäftsführer des dortigen Konsumvereins, der Maurer Hermann Wittstock, von dem Hilfspolizeiwachtmeister Redde aus Dölau erschossen.

Redde hatte wiederholt früher erklärt, sobald mir Wittstock in die Quere kommt, schieße ich ihn über den Haufen. Der Mordbube ist Mitglied nationalistischer Verbände. Der ermordete Wittstock, der vollkommen unbewaffnet war, war von Redde tätlich angegriffen. Der Hilfspolizeiwachtmeister zog ohne weiteres seinen Revolver und schoß Wittstock in die Brust, so daß der sofortige Tod herbeigeführt wurde. Nach der Ermordung wurde der Tote auf Veranlassung des Mörders, der sich seiner Tat obendrein rühmte, auf eine Leiter gebunden und abtransportiert. Auf Vorstellungen einer Kommission der dortigen werktätigen Bevölkerung bei dem Bürgermeister Seibt, den Polizeiwachtmeister wegen Mordes sofort verhaften zu lassen, erklärte der Bürgermeister, daß er dazu kein Recht habe, sonst würde er wegen Freiheitsberaubung angezeigt, zudem sei die Schuldfrage noch nicht genügend geklärt. Auch der zuständige Amtsgerichtsrat Neubert weigerte sich, die Verhaftung Reddes auszuführen.

Wir beantragen daher, der Landtag wolle beschließen:

1. **der Hilfspolizeiwachtmeister Redde aus Dölau ist sofort seines Postens zu entheben, ohne Anspruch auf Versorgung fristlos zu entlassen und zu verhaften;**
2. **den Hinterbliebenen des erschossenen Maurers Hermann Wittstock ist außer der Erstattung der Beerdigungskosten eine ausreichende Sühne und dauernde Rente zu zahlen.**

Berlin, den 1. Juni 1926.

Der Antrag wurde von der gesamten Fraktion der KPD. unterzeichnet.

Das Fürstenabfindungsgesetz der Regierung

Monarchistische Richter sollen entscheiden

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 2. Juni.

Im Reichstag ist jetzt eine Vorlage der Regierung zur Fürstenabfindung eingegangen. Sie umfaßt 29 Paragraphen und lehnt sich eng an den letzten Kompromißentwurf der Regierungsparteien an. Die Vorlage ist bekanntlich vom Reichsrat angenommen. — Die „Rote Fahne" berichtet von einem geheimen Rundschreiben der Deutschen Volkspartei. In diesem Rundschreiben wird die Anwendung derselben Lügen, wie sie von dem monarchistischen Nachrichtenbureau verbreitet werden, gegen die Fürstenenteignung empfohlen. **Es wird in ihm zugegeben, daß es sich um „hohe Ansprüche" der Fürsten handelt und es wird gezeigt, daß das Gesetz, das jetzt im Reichstag vorliegt, für die Fürsten sehr vorteilhaft ist.** U. a. sagte es über das vorgesehene Reichsjondergericht: „Es wird nicht beim Reichsgericht gebildet, sondern hat nur seinen Sitz in Leipzig und den Präsidenten des Reichsgerichts zu seinem regelmäßigen Vorsitzenden. Es entscheidet in einer Besetzung von 9 Mitgliedern; **die 8 Mitglieder, außer dem Präsidenten, ernennt auf Vorschlag des Reichskabinetts der Reichspräsident auf Lebenszeit,** wobei 4 Mitglieder Richter an ordentlichen, oder Verwaltungsgerichten des Reiches oder der Länder sein müssen. Es ist also nicht richtig, was vielfach in der Presse jetzt zu lesen ist, daß auf der Richterbank 4 Laien sitzen müssen. Vier von den Mitgliedern **brauchen nur nicht Berufsrichter** zu sein. **Sie können entnommen werden den Berufsrichtern, den in Ruhestand versetzten Richtern, den Rechtsanwälten, den Professoren an Rechtsfakultät oder juristisch nicht vorgebildeten Laien."** Damit hat die Deutsche Volkspartei zugegeben, daß das Reichsjondergericht mit den angeblichen Laien ein frecher Schwindel ist. Monarchistische Berufsrichter vom Typ Jürgens sollen entscheiden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260602-18/fragment/page=0009